

Gemeinde **Bönen**



Beteiligungsbericht ***Geschäftsjahr 2009***

Impressum

Herausgeber

Gemeinde Bönen
Der Bürgermeister
Am Bahnhof 7
59199 Bönen

Redaktion

Finanzen

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Der Beteiligungsbericht im Neuen Kommunalen Finanzmanagement	5
Übersichten	
Formen wirtschaftlicher Betätigung	6
Beteiligungsstruktur der Gemeinde Bönen	7
Die wichtigsten Daten kurzgefasst	9
Beteiligungsunternehmen der Gemeinde Bönen	
Bio-Security Managementgesellschaft mbH, Bönen	11
Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH, Bönen	17
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	25
GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen	33
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)	43
Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	53
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)	63
Bürgerstiftung Förderturm Bönen	71
Anhang	
Die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW zur wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung (§§ 107 – 115 GO NRW)	74
Erläuterung betriebswirtschaftlicher Begriffe	83

Vorwort

Die Verpflichtung der Gemeinde Bönen zur Aufstellung eines Beteiligungsberichtes ergibt sich aus den neuen Vorschriften des § 117 Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW) i.V.m. § 52 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW).

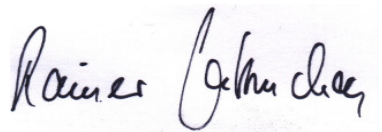
Nach § 117 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Der Beteiligungsbericht soll den beiden Hauptzielgruppen, den politisch verantwortlichen Mandatsträgern und der interessierten Öffentlichkeit einen schnellen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse der Gemeinde Bönen sowie über die Aufgabenerfüllung und die finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen verschaffen. Aus diesem Grund wird der Beteiligungsbericht für jeden Interessierten zur Einsichtnahme im Fachbereich I, Innere Verwaltung, Team Finanzen bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter www.boenen.de veröffentlicht. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird im Amtsblatt der Gemeinde Bönen hingewiesen.

Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde Bönen konzentriert sich auf die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie den Betrieb von Freizeiteinrichtungen, den gemeindlichen Personennahverkehr und die Wohnungswirtschaft. Ergänzt wird die kommunale wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde Bönen durch weitere Unternehmen oder Beteiligungen, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Der im Jahre 1996 erstmalig erstellte Beteiligungsbericht wird mit nachstehendem Beteiligungsbericht der Gemeinde Bönen für das Geschäftsjahr 2009 fortgeschrieben. Er umfasst die unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde Bönen nach dem Stand vom 31.12.2009.

Bönen im Oktober 2010



Rainer Eßkuchen
Bürgermeister

Der Beteiligungsbericht im Neuen Kommunalen Finanzmanagement

Nach neuer Rechtslage (§ 49 Abs. 2 GemHVO NRW) stellt der Beteiligungsbericht zukünftig neben dem Gesamtabchluss und dem Gesamtlagebericht die dritte Komponente der Gesamtrechnungslegung dar.

Der Gesamtabchluss ist nach § 2 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF Einführungsgesetz NRW - NKFEGR NRW) spätestens zum 31.12.2010 aufzustellen.

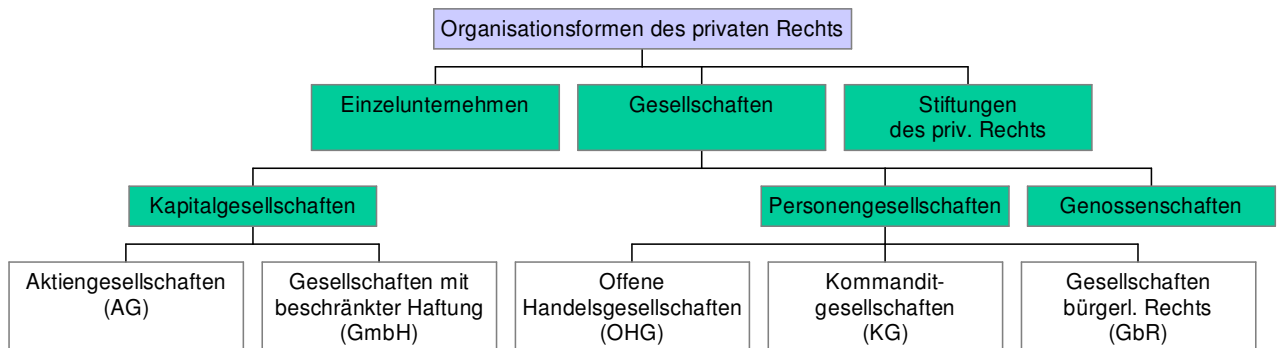
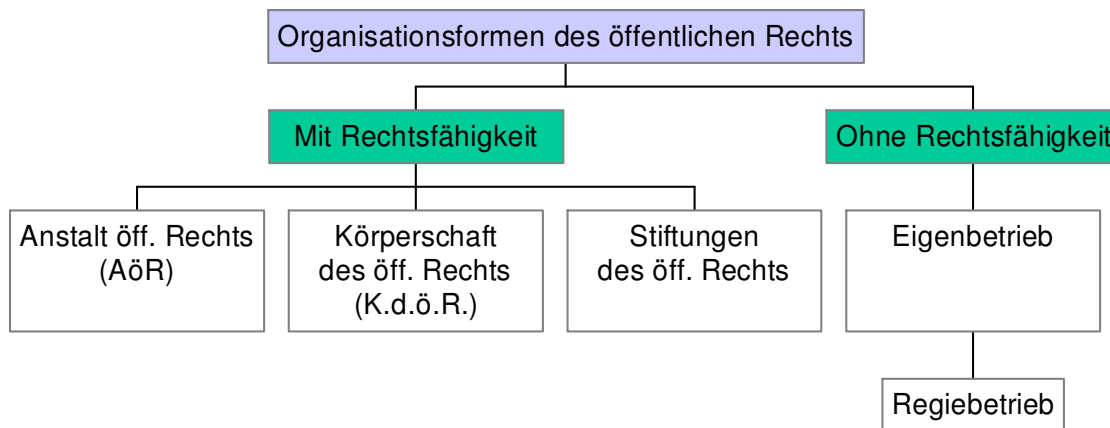
Im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen an den Beteiligungsbericht als Teil der Gesamtrechnungslegung der Gemeinde Bönen sind in den Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2007 Änderungen eingeflossen, die auch bereits für die folgenden Berichte gelten.

- Die Darstellung der Beteiligungsstruktur gem. § 52 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW erfolgt in der Reihenfolge der Bilanzpositionen.
- Bei Kleinstbeteiligungen wird bis auf die Darstellung in der Übersicht gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW und in der tabellarischen Kurzübersicht „Die wichtigsten Daten kurzgefasst“ auf eine Aufnahme in den Bericht abgesehen. Da die Gemeinde auf Grund der geringen Beteiligungsverhältnisse hier faktisch keine Einflussmöglichkeiten hat, ist ein Informationsverlust hinsichtlich steuerungsrelevanter Daten nicht gegeben. Von dieser Regelung ausgenommen sind Beteiligungen, mit denen die Gemeinde regelmäßige oder wesentliche Geschäftsbeziehungen unterhält.
- Aus Gründen der Übersichtlichkeit über alle wirtschaftlichen Verflechtungen der Gemeinde Bönen sind auch die mittelbaren Beteiligungen in einer zusätzlichen Übersicht aufgeführt.
- Um eine möglichst vergleichbare Struktur auch mit anderen Beteiligungsberichten zu erreichen, erfolgt die Darstellung der Unternehmensdaten - mit einigen Ergänzungen - analog zur Aufzählung des § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW. Daraus ergibt sich folgende Gliederung:
 - Unternehmenssitz
 - Gründung
 - Stammkapital
 - Ziele der Beteiligung
 - Erfüllung des öffentlichen Zwecks
 - Beteiligungsverhältnisse
 - Geschäftsergebnisse mit den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
 - Lagebericht der Beteiligung bzw. Auszüge des Lageberichtes
 - Leistungen der Beteiligung
 - Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde
 - Zusammensetzung der Organe der Beteiligung
 - Personalbestand der Beteiligung

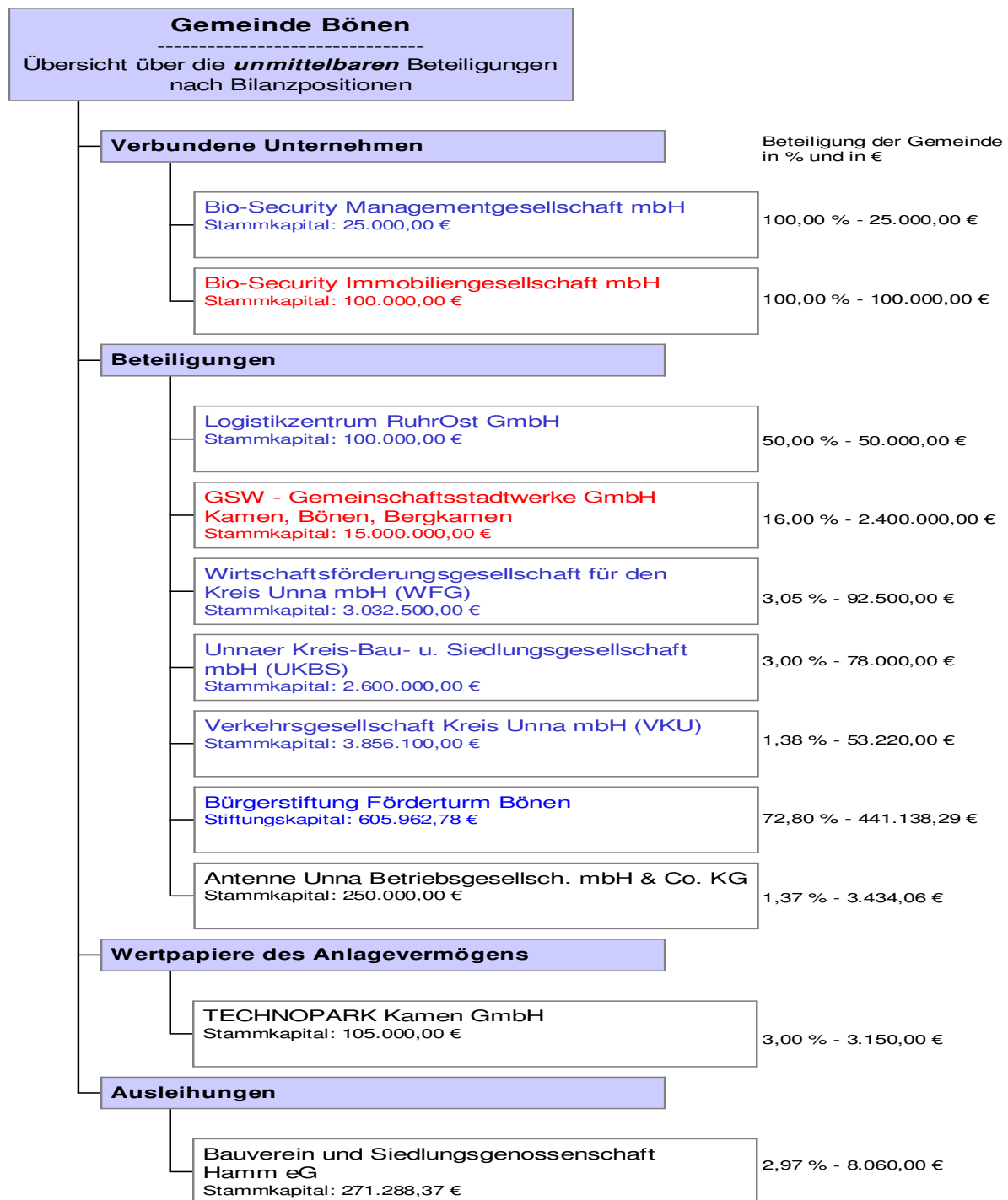
Übersichten

Formen wirtschaftlicher Betätigung

Die folgenden Schaubilder geben eine Übersicht über die Formen der wirtschaftlichen Betätigung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Rechts.



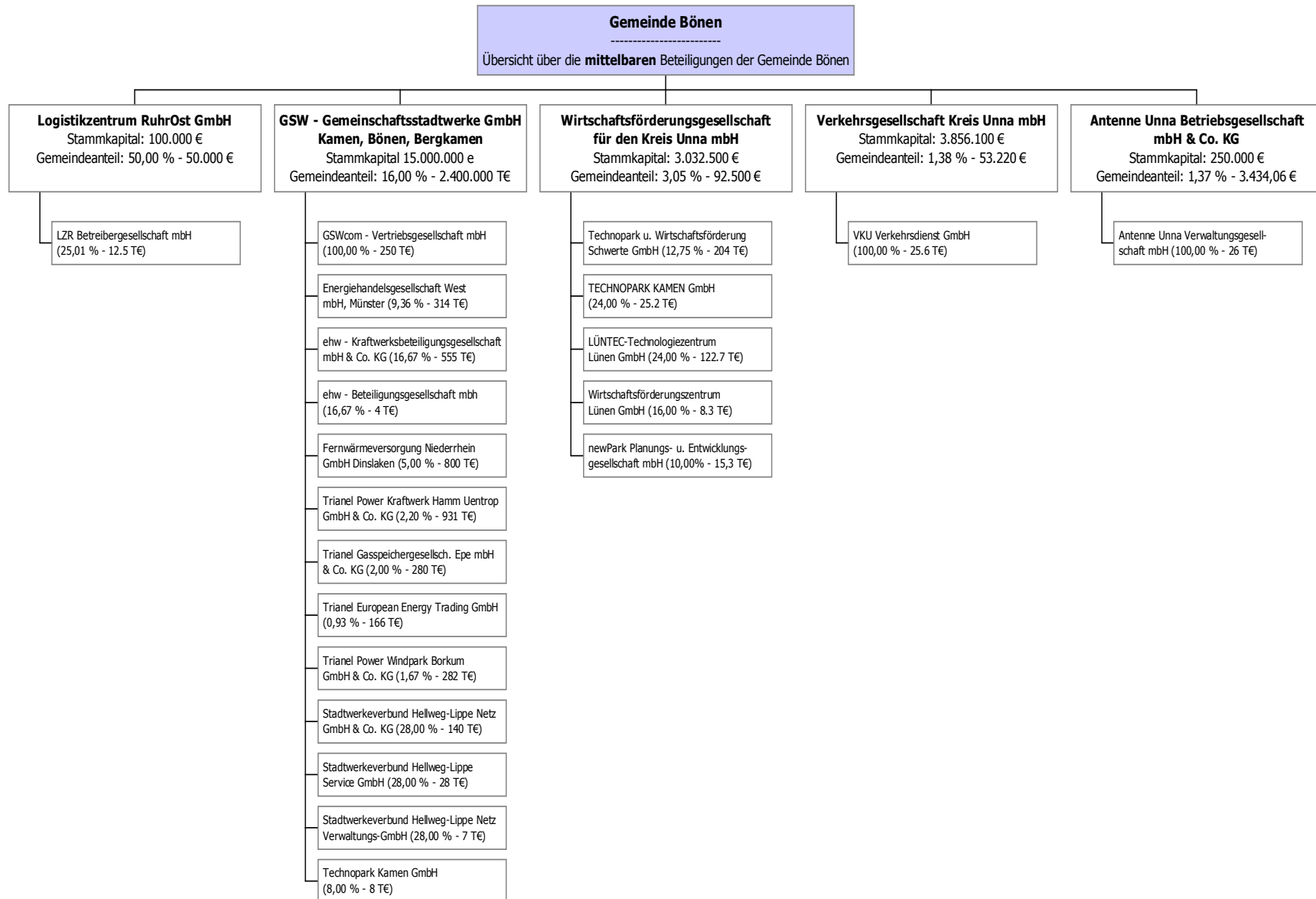
Beteiligungsstruktur der Gemeinde Bönen gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW



Rot = Im Gesamtabschluss zu konsolidierende Beteiligungen (Stand 11/2009)

Blau = Beteiligungen, die wegen Art und Umfang der Geschäftsbeziehungen ausführlich dargestellt werden

Schwarz = Kleinstbeteiligungen. Darstellung nur in der Übersicht gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW



Die wichtigsten Daten kurzgefasst

Daten zum 31.12.2009	Stamm- kapital T €	Anteil Gem. Bönen %	Anteil Gem. Bönen T €	Eigen- kapital T €	Anlage- vermögen T €	Verbindlich- keiten T €	Bilanz- summe T €	Ergebnis GuV T €
Gesellschaften								
Bio-Security Managementgesellschaft mbH	25	100,00%	25	72	7	21	113	8
Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH	100	100,00%	100	898	15.992	7.532	16.588	-152
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100	50,00%	50	169	2.743	2.743	2.379	-78
GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH	15.000	16,00%	2.400	38.406	108.670	81.917	152.013	1.188
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.032	3,05%	92	10.248	428	26.667	59.452	0
Unnaer Kreis - Bau- u. Siedlungsgesellschaft mbH	2.600	3,00%	78	21.982	86.211	68.989	91.930	876
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856	1,38%	53	4.494	8.667	7.759	14.896	0
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250	1,37%	3	599	79	423	1.219	0
Technopark Kamen GmbH	105	3,00%	3	105	2.535	799	2.899	0
Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG	271	2,97%	8	284	7.621	4.279	8.463	12
	Stiftungs- kapital T €	Anteil Gem. Bönen %	Anteil Gem. Bönen T €					
Stiftungen								
Bürgerstiftung Förderturm Bönen	727	62,04%	451					



Bio-Security Managementgesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Bio-Security Managementgesellschaft mbH
Siemensstr. 42
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9190
Telefax: 02383 - 919333
E-Mail: info@bio-security.de
Internet: www.bio-security.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 14. September 2004 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 28. Oktober 2004 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 5222, eingetragen.
Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 14.09.2004.

Stammkapital

25.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Verwaltung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“, Unternehmens- und Finanzierungsberatung, die Durchführung von Seminarveranstaltungen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie verwandte Dienstleistungen im Bereich Bio-Security. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszweckes reinvestiert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Etablierung des Kompetenzfeldes Bio-Security einen grundlegenden Baustein zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern. Durch die Unterstützung des Strukturwandels werden zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen in der Gemeinde Bönen geschaffen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter: Gemeinde Bönen (100%)

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	905,00	27,00	2.155,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.250,00	4.972,00	5.262,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.864,91	89.475,00	75.468,52
2. sonstige Vermögensgegenstände	6.280,83	8.635,12	6.629,33
II. Guthaben bei Kreditinstituten	65.157,23	4.502,12	21.691,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten	193,00	208,66	1.924,59
Summe Aktiva	86.650,97	107.819,90	113.131,29
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	20.479,25	31.385,22	38.389,50
III. Jahresüberschuss	10.905,97	7.004,28	8.214,78
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00	778,00
2. Sonstige Rückstellungen	17.900,00	21.000,00	20.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	3.814,85	2.386,19	5.187,78
3. Sonstige Verbindlichkeiten	8.550,90	21.044,21	15.561,23
Summe Passiva	86.650,97	107.819,90	113.131,29

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2007</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	290.000,00	279.999,96	294.999,92
2. sonstige betriebliche Erträge	7.812,66	4.961,25	16.306,70
3. Personalaufwand	192.756,23	191.114,15	210.217,42
4. Abschreibungen auf immaterielle Anlagevermögens und Sachanlagen	4.710,84	3.461,45	3.058,38
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	83.693,33	80.523,42	85.819,27
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.862,76	535,52	4,39
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	93,13	0,00	0,00
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.421,89	10.397,71	12.215,94
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.515,92	3.393,43	4.001,16
10. Jahresüberschuss	10.905,97	7.004,28	8.214,78

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Verwaltung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“, die Unternehmens- und Finanzierungsberatung, die Durchführung von Seminarveranstaltungen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie verwandte Dienstleistungen im Bereich Bio-Security. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszwecks reinvestiert. Vorrangige Aufgabe der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung der Immobilie Bio-Security, die Mieterakquisition und der Aufbau des dazugehörigen Netzwerks. Der Geschäftsverlauf steht somit im Einklang mit der öffentlichen Zielsetzung.

Zwar wurden die in den Vorjahren begonnenen Aktivitäten (Messebesuche, Veranstaltungen im Zentrum, Anzeigen in Fachzeitschriften etc.) konsequent fortgesetzt, aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise war die Zielsetzung des Geschäftsjahres aber im Wesentlichen die Unterstützung und Stärkung der Bestandsmieter.

Aufgrund dieser Bemühungen konnte dem Verlust von Großmietern gegengesteuert werden und zusätzlich eine Steigerung der Auslastung um knapp fünf Prozent erreicht werden.

Wesentliche Investitionen wurden nicht getätigt und sind auch nicht geplant.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag eine Bilanzsumme von T€ 113,1 aus. Davon entfallen T€ 21,7 auf die liquiden Mittel und T€ 75,5 auf Forderungen aus Lieferung und Leistung, die sich aus zum Stichtag ausstehenden Zahlungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Bio-Security Immobilien GmbH zusammensetzen. Der Ausweis im Anlagevermögen für Software, Büroeinrichtung sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich auf insgesamt T€ 7,4. Auf der Passivseite wird ein bilanzielles Eigenkapital von T€ 71,6 ausgewiesen. Die sonstigen Rückstellungen betragen T€ 20,0.

Das Geschäftsjahr 2009 endet mit einem Jahresüberschuss i. H. v. T€ 8,2, bei Erlösen aus Geschäftsbesorgungsvergütung i. H. v. T€ 295,0, Erlösen aus Dienstleistungen i. H. v. T€ 4,6, Personalaufwendungen i. H. v. T€ 210,2, Abschreibungen i. H. v. T€ 3,1, sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. T€ 85,8 und Steuern vom Einkommen und vom Ertrag i. H. v. T€ 4,0.

Wie in den Vorjahren kommt es auch für das Geschäftsjahr 2009 zu einer anteiligen Kostenrückerstattung an die Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH i. H. v. T€ 15.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erneut als sehr stabil zu bezeichnen. Wie in den Vorjahren ist das Gesamtbild der Gesellschaft sowohl auf Kosten- als auch auf Erlösseite stark durch den langfristig angelegten Geschäftsbesorgungsvertrag geprägt.

Für das Geschäftsjahr 2010 ist ein Jahresergebnis von ca. T€ 20 geplant.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist über die vereinbarte Geschäftsbesorgungsvergütung ausreichend abgesichert.

Risiko- und Prognosebericht

Auch die Zukunftsplanung der Gesellschaft orientiert sich mit sämtlichen Größen an dem langfristigen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH. So ist auch in den Folgejahren eine ähnliche Entwicklung wie in den bisherigen Geschäftsjahren zu erwarten. Es ist somit festzustellen, dass aufgrund der gegebenen vertraglichen Bindung und der gegebenen Konstellation die Gesellschaft in erheblichem Maße von der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH und somit dem langfristigen Erfolg der Infrastrukturmaßnahme „Bio-Security“ abhängig ist.

Sofern verstärkte Vermarktungsaktivitäten als sinnvoll und erfolgsversprechend eingestuft werden, behält sich die Gesellschaft gemäß bilateraler Vereinbarung vor, das in den Vorjahren nicht genutzte Budget zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen. Für das Geschäftsjahr 2009 ist erneut eine Rückzahlung der Geschäftsbesorgungsvergütungen in Höhe von T€ 15 erfolgt.

In 2009 zeigt sich allerdings schon, dass die Gesellschaft personell an ihre Kapazitätsgrenze gelangt und die Schaffung mindestens einer weiteren Planstelle zukünftig zwingend erforderlich ist. So wird in den Folgejahren ein Anstieg der Personalkosten zu erwarten sein.

Sämtliche Kostenplanungen orientieren sich am Vergütungsvolumen des Geschäftsbesorgungsvertrages. Sofern dieses über 15 Jahre fest abgeschlossene Vertragsverhältnis nicht gefährdet ist, bestehen keine nennenswerten Risiken für die Gesellschaft. Darüber hinaus sind seit dem Jahr 2006 zusätzliche Ertragspotentiale wie zum Beispiel aus Beratungstätigkeiten und Service-Dienstleistungen zu verzeichnen, welche im Rahmen der allgemeinen Bewirtschaftung der Immobilie anfallen.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten

Leistungen der Beteiligung

Siehe dazu „Leistungen der Beteiligung“ unter Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat die Bio-Security Management GmbH als 100prozentige Tochtergesellschaft gegründet. Das Stammkapital beläuft sich auf 25.000,00 €. Die Bildung einer Rückstellung für die mögliche Übernahme eines negativen Jahresergebnisses wird durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von 8,2 T€ nicht notwendig.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2009 Herr Dipl.-Kaufmann Dr. Christian Rose. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokura

Gesamtprokurist war im Geschäftsjahr 2009 Herr Dipl. Volkswirt Dr. Michael Dannebom.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Mitglieder

Herbst, Klaus	SPD
Köster, Thomas	SPD
Kolar, Jürgen	SPD
Plicht, Michael	SPD
Lutz-Kunz, Sabine	SPD
Hübner, Manfred	CDU
Pohlmann, Ulrich	CDU
Rütten, Heike	GRÜNE
Albert, Dieter	BgB
Dammrose, Ralf	FDP
Eßkuchen, Rainer	BM

Stellvertreter

Holtmann, Antje	SPD
Heinze, Klaus-Werner	SPD
Solny, Roswitha	SPD
Kerl, Hans-Werner	SPD
Rehmert, Sophie	SPD
Flucks, Peter	CDU
Leyer, Thorsten	CDU
Lange, Friedhelm	GRÜNE
König, Klaus	BgB
Eggers, Maren	FDP
Carbow, Dirk	Verwaltung

Stand: Beschluss des Rates der Gemeinde Bönen vom 29.10.2009

Personalbestand

Die Bio-Security Managementgesellschaft hatte zum 31.12.2009 folgenden Beschäftigungsstand:

Vollzeitkräfte:	3
Auszubildende:	2
Minijobs:	1



Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH
Siemensstr. 42
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9190
Telefax: 02383 - 919333
E-Mail: info@bio-security.de
Internet: www.bio-security.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 14. September 2004 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 13. Oktober 2004 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 5209, eingetragen.
Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 14.09.2004.

Stammkapital

100.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Errichtung und Vermietung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“ einschließlich aller hierzu dienenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszweckes reinvestiert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Etablierung des Kompetenzfeldes Bio-Security einen grundlegenden Baustein zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern. Durch die Unterstützung des Strukturwandels werden zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen in der Gemeinde Bönen geschaffen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter: Gemeinde Bönen (100%)

Geschäftsergebnisse

Bilanz			
	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	356.300,00	176.851,00	57.399,00
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.012,00	961,00	2,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	13.805.528,63	13.382.209,63	12.936.830,63
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.305.082,00	3.235.174,00	2.965.173,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.890,00	101.966,00	90.057,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
C. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	132.087,00	200.408,84	80.790,01
2. sonstige Vermögensgegenstände	48.859,42	166.354,31	16.848,19
II. Guthaben bei Kreditinstituten	516.869,58	229.707,45	431.681,52
D. Rechnungsabgrenzungsposten	7.700,00	9.183,79	9.486,66
Summe Aktiva	17.256.328,63	17.502.816,02	16.588.268,01
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	1.900.000,00	2.300.000,00	2.700.000,00
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-653.691,86	-1.393.719,69	-1.750.190,28
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-740.027,83	-356.470,59	-151.810,97
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.929.686,87	8.835.989,88	8.137.014,88
C. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen	218.500,00	64.550,00	20.550,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.795.468,39	7.492.939,39	7.187.354,02
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	119.639,78	158.842,26	173.959,53
3. Sonstige Verbindlichkeiten	586.536,52	300.468,01	170.939,49
E. Rechnungsabgrenzungsposten	216,76	216,76	451,34
Summe Passiva	17.256.328,63	17.502.816,02	16.588.268,01

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2007</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	660.378,17	824.743,47	1.125.217,74
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	10.764,00	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	446.708,66	723.150,52	707.022,74
4. Personalaufwand	21.088,58	11.041,03	12.707,48
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	817.442,42	846.164,03	854.925,22
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	725.511,34	745.341,08	802.202,17
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.854,27	7.700,05	734,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	311.817,70	309.518,49	314.950,58
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-740.154,94	-356.470,59	-151.810,97
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-127,11	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-740.027,83	-356.470,59	-151.810,97

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der satzungsmäßige Geschäftszweck der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH besteht in der Begleitung des Aufbaus und der Vermietung der Immobilie Bio-Security.

Der Geschäftsverlauf steht somit im Einklang mit der öffentlichen Zielsetzung.

Aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise war die Zielsetzung des Geschäftsjahres aber nicht hauptsächlich wie in den Vorjahren die Akquise von Neumieter, sondern vielmehr die Unterstützung und Stärkung der Bestandsmieter.

Aufgrund dieser Bemühungen konnte dem Verlust von Großmietern gegengesteuert werden und zusätzlich eine Steigerung der Auslastung um knapp fünf Prozent erreicht werden.

Der Vermietungsgrad der fest zu vermietenden Flächen beträgt zum Abschluss des Geschäftsjahrs etwa 75% und es sind ca. 220 Beschäftigte im Zentrum tätig.

Die Aufrechterhaltung/Steigerung der Auslastung war im Geschäftsjahr 2009 allerdings mit der Ausübung eines Forderungsverzichts in Höhe von T€ 71,9 im Rahmen des Sanierungskonzepts für das Unternehmen QHP Life Science verbunden. Dieser war zwingend erforderlich um eine Insolvenz dieses Großmieters im Labortrakt abzuwenden.

Zusätzlich ergebnismindernd ab dem Geschäftsjahr 2009 ist die Vereinbarung mit der Gemeinde Bönen über die Zahlung einer Avalprovision für die Inanspruchnahme der Bürgschaften der Gemeinde. Der Effekt im Geschäftsjahr beträgt T€ 36,5.

Das im Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Bio-Security Managementgesellschaft mbH festgelegte Budget wurde auch in 2009 nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag eine Bilanzsumme von T€ 16.588 aus. Davon entfallen T€ 57,4 auf eine Bilanzierungshilfe für die Ingangsetzungsaufwendungen des Geschäftsbetriebes. Der Ausweis im Anlagevermögen für Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich auf insgesamt T€ 15.992.

Die Gesellschaft weist zum Stichtag ein bilanzielles Eigenkapital von insgesamt T€ 898 aus. Zwischen Eigenkapital und Fremdkapital wird als Korrektiv zum Anlagevermögen ein Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen i. H. v. T€ 8.137 ausgewiesen. Im Zuge der Abschreibung des förderfähigen Investments erfolgt im Zweckbindungszeitraum (15 Jahre) eine Gewinn erhöhende Auflösung dieser Investitionsrücklage.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich zum Bilanzstichtag auf T€ 7.187,4. Darüber hinaus wird als Verbindlichkeit die Verpflichtung der Berichtsgesellschaft zur Weiterleitung des Zuschusses gewerblicher Art an die GEA Farm Technologies GmbH i. H. v. T€ 125,7 ausgewiesen.

Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2009 einen Jahresfehlbetrag von T€ 151,8 aus. Die Planzahlen konnten in 2009 weitestgehend eingehalten werden.

Abweichungen ergeben sich in folgenden Bereichen:

1. Die Änderung der Auflösung des Investitionszuschusses führt zu erheblichen Abweichungen in den Positionen „Abschreibungen“ und „Investitionszuschuss“. Dieser Sachverhalt ist seit dem Jahresabschluss 2008 bekannt und wird in zukünftigen Planungen berücksichtigt.
2. Der Umsatz liegt knapp T€ 150 über der Planung. Dies begründet sich durch die erfreuliche Entwicklung der Vermietungssituation und erheblichen Weiterbelastungen im Rahmen der Nebenkostenabrechnung 2009. Mit der zunehmenden Auslastung ist allerdings auch ein Anstieg der Betriebskosten verbunden, wodurch sich die Abweichungen in den Positionen (Reparaturen und Instandhaltung“, „Raumkosten“ und „betriebliche Kosten“ erklären.
3. Aufgrund des unterwartet starken Absinken des Zinsniveaus konnten in 2009 nicht die geplanten Zinserträge realisiert werden.
4. Als Beitrag zur Sanierung eines Großmieters im Laborbereich wurde im Geschäftsjahr ein Forderungsverzicht in Höhe von T€ 72 ausgeübt. Dieser belastet das Ergebnis der Gesellschaft außerplanmäßig.

Wie in den Vorjahren kommt es auch für das Geschäftsjahr 2009 zu einer anteiligen Kostenrückerstattung durch die Bio-Security Managementgesellschaft mbH i. H. v. T€ 15.

Insgesamt lässt sich sagen, dass das Ergebnis in weiten Teilen mit der Planung übereinstimmt. Die Finanzlage des Unternehmens ist durch die Aufnahme langfristiger Darlehen sowie die erhaltenen Investitionszuschüsse mittelfristig gesichert. Die Ertragslage hat sich gegenüber den Vorjahren weiter verbessert.

Für das Geschäftsjahr 2010 ist ein Jahresfehlbetrag von ca. T€ 80 geplant.

Risiko- und Prognosebericht

Wie in den Vorjahren prognostiziert hat sich mit der zunehmenden Auslastung der Immobilie die Kosten- und Erlössituation der Gesellschaft deutlich verbessert, was zu einer erheblichen Entlastung der Gesellschaft führt. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres wird durch die Erbringung des Eigenanteils der Gemeinde Bönen (jährliche Gesellschafterleistung) überkompensiert, so dass sich die Eigenkapitalsituation der Gesellschaft erneut verbessert hat.

Wesentliche Risiken sieht die Geschäftsführung derzeit in folgenden Sachverhalten:

1. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise:

- a) Insolvenz von Bestandsmietern: Es zeigt sich, dass gerade die Gründungsunternehmen im Haus die Auswirkungen der Krise deutlich zu spüren bekommen. Dies betrifft sowohl deren Auftragslage, als auch die zwingend notwendige Finanzierungsbereitschaft der Banken. Um diesen Unternehmen zusätzlichen finanziellen Spielraum zu geben, gewährt die Gesellschaft den Unternehmen in Absprache mit den Gesellschaftern einen geduldeten Mietrückstand in Höhe von bis zu sechs Monatsmieten, welcher zu marktüblichen Konditionen verzinst wird. Das Ausscheiden eines solchen Unternehmens aus dem Markt hätte somit einen direkten finanziellen Verlust zur Folge und wäre zusätzlich mit zukünftigen Mietausfällen sowohl in der Vermietung von Räumlichkeiten als auch von Spezialgerätschaften verbunden.
- b) Akquise von Neumieter: Durch die schwierige wirtschaftliche Lage sind zahlreiche Unternehmen verunsichert und schrecken derzeit vor Entscheidungen wie der Ansiedlung im Zentrum zurück. Auch ist die Gründungsbereitschaft vor allem durch die mangelnde Risikobereitschaft der Banken massiv zurückgegangen. Aus diesen Gründen sind zur Zeit keine wesentlichen Steigerungen der Auslastung der Immobilie zu erwarten. Vielmehr ist es das primäre Ziel der Gesellschaft eine Stabilität und Kontinuität bei den Bestandsmietern zu erreichen.

2. Rückzahlung Zuschuss GEA Farm Technologies: Es zeigt sich, dass im Rahmen der gemeinsam mit der GEA Farm Technologies GmbH erhaltenen Förderung die Zielvorgaben aus der Förderzusage bisher noch nicht erreicht werden konnten. Dies betrifft insbesondere die durch die GEA Farm Technologies GmbH zu besetzenden Arbeitsplätze. Es besteht somit für diesen Bereich das latente Risiko einer Rückzahlung der abgerufenen Fördermittel über die Sparkasse Unna an das Land NRW.

Sollte es diesbezüglich zu einer entsprechenden Fördermittelrückzahlung kommen, dürfte sich für die Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH hieraus keine wirtschaftliche Belastung ergeben. Da gemäß Förderzusage der wirtschaftliche Vorteil aus der Förderung der GEA Farm Technologies GmbH zuteil werden soll, ist die Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH verpflichtet, die ihr unmittelbar für die Errichtung des Immobilianteils GEA Farm Technologies zugeflossenen Zuschussmittel über Mietverrechnungen innerhalb des fünfjährigen Bindungszeitraums an die GEA Farm Technologies GmbH einschließlich Zinseffekt weiterzuleiten. Eine Zuschussrückzahlung hätte damit zur Folge, dass die für vergangene Zeiträume erfolgten Mietverrechnungen rückgängig und Mietnachforderungen geltend zu machen wären. Hierzu sei angemerkt, dass zum Erstellungszeitpunkt der Zuschuss nahezu komplett mit der Miete verrechnet wurde. Für zukünftige Zeiträume wären dann entsprechend höhere Mietzahlungen von Seiten der GEA Farm Technologies GmbH zu leisten. In diesem Zusammenhang ist allerdings zusätzlich darauf hinzuweisen, dass sämtliche finanziellen Ansprüche der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH durch eine Bürgschaft seitens der Konzernobergesellschaft der GEA Farm Technologies GmbH, der GEA AG, abgesichert sind.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Leistungen der Beteiligung

Die Bio-Security Immobiliengesellschaft verfügt über folgende Flächen:

Flächenart	Gesamtfläche	Durchschnittl. Auslastung	
		31.12.2008	31.12.2009
Büroräume	5.000 m ²		
Labore der Sicherheitsklassen S1 und S2 (technisch/biologisch/chemisch)	4.000 m ²	Insgesamt 70 %	Insgesamt 75 %
Versuchs- und Werkstattflächen	1.000 m ²		
Schulungszentrum	450 m ²		

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat die Bio-Security Immobilien GmbH als 100prozentige Tochtergesellschaft gegründet. Der Eigenanteil der Gemeinde Bönen für dieses Projekt in Höhe von 4 Mio. € sollte in 10 gleichen Jahresraten von 2004 bis 2013 entrichtet werden. Bis zum 31.12.2009 wurden einschließlich des Stammkapitals von 100.000,00 € insgesamt 2.800.000,00 € geleistet. Infolge des Ingangsetzungsaufwandes war zur Vermeidung des Tatbestandes der Überschuldung der Gesellschaft im Jahr 2007 eine Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 800.000,00 € erforderlich. Dadurch entfällt die Zahlung der letzten Rate im Jahr 2013.

Bedingt durch die wirtschaftliche Situation in den ersten Jahren sind die bisherigen Zahlungen von insgesamt 2.800.000,00 € bis auf 1 € wertberichtigt worden. Dadurch sind in der Ergebnisrechnung der Gemeinde Bönen bisher Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Finanzanlagen in Höhe von 2.799.999,00 € entstanden. Im Jahr 2009 waren es 400.000,00 €. Im Jahresabschluss 2009 sind die, für die Jahre 2005 bis 2008, gebildeten Rückstellungen für mögliche Abdeckungen von Jahresfehlbeträgen (jeweils 250 T€) durch die Gemeinde Bönen aufgelöst worden.

Ferner bestehen Bürgschaftsvereinbarungen zu Gunsten der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH. Daraus resultieren mit Stichtag 31.12.2009 Restbürgschaften i. H. v. 7.142.089,16 €. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 36.469,11 € vereinnahmt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Alleiniger Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2009 Herr Dipl. Volkswirt Dr. Michael Dannebom. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokura:

Gesamtprokurist war im Geschäftsjahr 2009 Herr Diplom-Kaufmann Dr. Christian Rose.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Mitglieder		Stellvertreter	
Herbst, Klaus	SPD	Holtmann, Antje	SPD
Köster, Thomas	SPD	Heinze, Klaus-Werner	SPD
Kolar, Jürgen	SPD	Solny, Roswitha	SPD
Plicht, Michael	SPD	Kerl, Hans-Werner	SPD
Lutz-Kunz, Sabine	SPD	Rehmert, Sophie	SPD
Hübner, Manfred	CDU	Flucks, Peter	CDU
Pohlmann, Ulrich	CDU	Leyer, Thorsten	CDU
Rütten, Heike	GRÜNE	Lange, Friedhelm	GRÜNE
Albert, Dieter	BgB	König, Klaus	BgB
Dammrose, Ralf	FDP	Eggers, Maren	FDP
Eßkuchen, Rainer	BM	Carbow, Dirk	Verwaltung

Stand: Beschluss des Rates der Gemeinde Bönen vom 29.10.2009

Personalbestand

Die Bio-Security Managementgesellschaft hatte zum 31.12.2009 folgenden Beschäftigungsstand:

Minijobs: 3

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Unternehmenssitz

Logistikzentrum RuhrOst GmbH
Heinrich-Hertz-Str. 2
59423 Unna

Telefon: 02303 – 20 01-0
Telefax: 02303 – 20 01-22
E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de
Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de

Gründung

Die Gründung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH erfolgte mit Eintragung in das Handelsregister am 19.11.2004 unter HR B 5236 beim Amtsgericht Hamm. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 07.08.2006.

Stammkapital

100.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH verfolgt das Ziel, in der Stadt Unna und der Gemeinde Bönen Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen Anlagevermögen zu errichten, zu unterhalten und zu verpachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die Gesellschaft ist nach den Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen gemäß § 109 GO NRW zu führen, so dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Errichtung und Unterhaltung von Umschlagterminals und Gleisanlagen in der Gemeinde Bönen einen wesentlichen Faktor zur Entwicklung der Gewerbegebiete und damit zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Gemeinde Bönen	50.000,00 €	50,00
Verkehrsbetriebe Stadt Unna GmbH	50.000,00 €	50,00
Gesamt:	<u>100.000,00 €</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz			
	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.565,00	3.105,00	2.645,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	943.226,16	1.873.941,22	1.807.036,01
2. Technische Anlagen und Maschinen	964.477,00	980.639,61	919.572,53
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.557,00	1.986,28	1.564,76
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.054.468,74	0,00	0,00
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	12.550,00	12.550,00	12.550,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.655,29	13.185,20	56.235,25
2. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	162.182,46	67.145,10	48.214,09
3. Forderungen gegen Gesellschafter	29.063,43	0,00	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.138.854,82	103,91	75.174,26
II. Guthaben bei Kreditinstituten	151.768,25	436.332,18	49.316,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.600,00	12.400,00	6.200,00
Summe Aktiva	5.485.968,15	3.401.388,50	2.978.508,48
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	50.000,00	50.000,00	50.000,00
III. Gewinnrücklagen	0,00	44.511,62	97.391,10
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	44.511,62	52.879,48	-78.364,82
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00	8.294,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	15.400,00	67.000,56	66.062,50
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.783.726,74	2.942.260,33	2.679.976,41
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	174.118,69	27.970,56	30.556,09
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.235,73	16.020,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.311.975,37	92.451,95	32.887,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
Summe Passiva	5.485.968,15	3.401.388,50	2.978.508,48

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007	2008	2009
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	374.262,66	448.288,53	409.733,69
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	21.282,93	43.653,38	156.332,03
4. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.901,35	-810,07	-1.911,94
b) Aufw. für bezogene Leistungen	-70.646,07	-93.229,56	-216.282,68
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-83.482,45	-75.981,86	-133.080,06
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-103.413,03	-192.784,71	-203.343,85
7. Betriebsergebnis	134.102,69	129.135,71	11.447,19
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.428,08	328,38	6.434,62
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-86.366,27	-64.583,66	-100.446,45
10. Finanzergebnis	-84.938,19	-64.255,28	-94.011,83
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.164,50	64.880,43	-82.564,64
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-8.293,42	8.294,14
13. Sonstige Steuern	-4.652,88	-3.707,53	-4.094,32
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	44.511,62	52.879,48	-78.364,82

Auszüge aus dem Lagebericht

Finanzierung

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine wesentlichen Investitionen getätigt. Zur Finanzierung der Bau- maßnahmen der Vorjahre wurde auf die Fördermittel des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) zurückge- griffen, die bis zu 85 % des Investitionsvolumens ausmachten. Die Restfinanzierung in Höhe von 15 % sowie die Finanzierung der nicht förderfähigen Ausgaben und Investitionen wurde über entspre- chende in den Vorjahren aufgenommene Fremdkapitaldarlehen getragen. Der Schlussverwendungs- nachweis des Förderprojektes konnte in 2009 zum Abschluss gebracht werden. Im Rahmen der Prü- fung ergaben sich für das Eisenbahn-Bundesamt keine Beanstandungen.

Die Umsätze aus dem Terminalumschlag reduzierten sich im Jahr 2009 für das Terminal in Bönen durch krisenbedingte Zugausfälle um 23,0 T€ auf 275,4 T€. Das Terminal in Unna trug aus den glei- chen Gründen nur mit 38,4 T€ (Vorjahr: 106,6 T€) zum Gesamtumsatz bei. Die Umsätze aus dem Gleisverkehr betrugen 2009 96,0 T€, da erstmals ab dem 1. April 2009 auch für Bönen Abrechnungen für die Infrastrukturnutzung erstellt werden konnten. Die Gesamtumsätze sanken von 448,3 T€ in 2008 auf 409,7 T€ im Geschäftsjahr. Die Umsatzrückgänge von ca. 10 % sind vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage eher als moderat zu bezeichnen, auch wenn sie das betriebswirtschaftliche Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr stark negativ beeinflussen.

Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft der LZR verlief für Bönen und Unna im Jahr 2009 nicht zufriedenstellend. Die Marktsituation ist seit Herbst 2008 durch die Zurückhaltung von Kunden aufgrund der weltweiten Fi- nanzmarktkrise geprägt. Damit zeigte sich aber erstmals auch die Krisenanfälligkeit des Geschäfts- modells. Sowohl die LZR Betreibergesellschaft mbH als Pächter der KV-Terminals als auch unsere Gesell- schaft als Verpächter werden auch in Zukunft nicht nachlassen, weiterhin mögliches Umschlagpotential an die Terminals zu binden. Um die Entwicklung der KV-Terminals in Bönen und Unna voranzutreiben wurde eine Potential- und Standortanalyse mit möglichen Handlungsempfehlun- gen in Auftrag gegeben.

Die Gleisbenutzungsgebühren konnten in Unna leicht gesteigert werden. In Bönen betrugen diese Gebühren erstmals 43,7 T€. Mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen wurden im Geschäftsjahr entsprechende Infrastrukturnutzungsverträge und Dienstanweisungen für die Bedienung des Gleisanschlusses (inklusive Gebührenerhebung für die Nutzung der Gleisinfrastruktur) abgeschlossen. Die Bundesnetzagentur hat hierzu mit Schreiben vom 27. Januar 2009 ihre Zustimmung erteilt.

Die erfolgreiche Aufstellung und Inbetriebnahme des zweiten Kranes in Bönen hat für die Umschlagpraxis und die Entwicklung am Standort Bönen für die nächsten Jahre eine positive Basis gelegt, da Ausfälle und Reparaturen nicht mehr zu einem Stillstand führen. Die Geschäftsführung wird auch in der Zukunft versuchen, die Rahmenbedingungen der Terminals so zu gestalten, dass weitere Entwicklungen möglich sind. Dies wird zukünftig zusätzliche Investitionen an beiden Standorten nach sich ziehen, deren Umsetzung mit dem vorausschauenden Weitblick auf den Logistikmarkt, der Leistungsfähigkeit der LZR und den Ertragspotenzialen realisiert wird.

Vermögenslage

Im Anlagevermögen (2.743,4 T€) sind vor allem die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke und fertig gestellte Bauten und technische Anlagen enthalten (2.726,6 T€). Insgesamt hat der Wert des Anlagevermögens um 128,8 T€ abgenommen. Nennenswerte Investitionen in das Sachanlagevermögen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung im Finanzanlagevermögen.

Das Umlaufvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 287,8 T€ auf 228,9 T€. Dies ist im Wesentlichen auf die Verminderung der liquiden Mittel (- 387,0 T€) bei gleichzeitig gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ 43,0 T€) sowie sonstigen Vermögensgegenständen (+ 75,1 T€) zurückzuführen.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch den Jahresfehlbetrag um 78,4 T€ reduziert. Die Summe der Verbindlichkeiten hat sich von 3.078,7 T€ um 335,3 T€ auf 2.743,4 T€ vermindert und resultiert insbesondere aus der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen.

Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 5,7 % (Vorjahr: 7,3 %) gesunken und hat sich erstmals negativ entwickelt. Die Fremdkapitalquote beträgt 94,3 % (Vorjahr: 92,7 %). Die relative Liquidität beträgt Ende des Jahres 18,5 % (Vorjahr: 35,0 %). Die Sicherung der Liquidität im Geschäftsjahr 2009 wurde im Wesentlichen durch die Umsatzerlöse gesichert, so dass die Finanzlage insgesamt dem Geschäftsverlauf einer im Aufbau befindlichen Gesellschaft entspricht, die allerdings auch erstmals mit einem krisenbedingten Umsatzrückgang konfrontiert war.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna gesichert. Um den kurzfristigen Finanzbedarf zu sichern, konnte die Gesellschaft Kredite bei der Sparkasse Bergkamen-Bönen aufnehmen.

Ertragslage

Das Jahresergebnis schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 78,4 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 52,9 T€). Damit konnte die positive Entwicklung der LZR leider nicht fortgeführt werden.

Die Umsatzerlöse basieren auf den Pächterlösen (inklusive Nebenkosten) der beiden Umschlagzentren in Bönen und Unna sowie den Erlösen aus den Infrastrukturnutzungsgebühren Bönen und Unna.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist korrespondierend zu den bezogenen Leistungen zu sehen und resultiert aus der Weiterberechnung der Fremdkosten für die Sanierung des Bahnübergangs Edisonstraße an die Gemeinde Bönen (122,5 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die Kosten der Betriebsführung (55,0 T€) und Rufbereitschaft (24,3 T€) und betragen insgesamt 203,3 T€.

Unter den Zinsaufwendungen werden erstmals auch die Kosten für die Avalprovisionen der gewährten Bürgschaften der Gemeinde Unna als auch der Kreisstadt Unna ausgewiesen.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Zukunftsaussichten

Das operative Ergebnis der LZR GmbH im Geschäftsjahr 2009 zeigt deutlich, dass sich große Risiken mit weltweiten Effekten auf den Containerumschlag auswirken. Es sind somit weiterhin erhebliche Akquisitionsanstrengungen nötig, um die Umsatzerlöse zu erhöhen. Die Perspektiven dafür sind sowohl in Bönen als auch in Unna sicherlich geeignet, gedämpft positiv in die Zukunft zu schauen. Sobald die wirtschaftlichen Kennzahlen wieder besser werden, wird auch der Umschlag in den Terminals wieder wachsen. Bereits im Jahr 2009 konnte ein zusätzlicher Zug aus Italien akquiriert werden, der zunächst einmal und ab November zweimal in der Woche auf Bönen fuhr. Im Jahr 2010 besteht die Chance auf eine noch höhere Frequenz. Sollten diese positiven Tendenzen zu einer leichten Steigerung der Kranganzahl gegenüber dem Jahr 2009 führen, kann das Ergebnis im Wirtschaftsplan, der für das Jahr 2010 allerdings noch immer ein negatives Jahresergebnis (- 62,4 T€) vorsieht, verbessert werden. Seit 2008 werden die aufgenommenen Darlehen getilgt, so dass die Gesellschaft zwingend auf Liquidität in Form von umschlagspezifischen Umsatzerlösen angewiesen ist.

Die Investitionen (für 2010: 100,0 T€) werden in den Folgejahren auf einem niedrigen Niveau gehalten, um den gegenwärtigen Stand zu konsolidieren. Die Geschäftsführung ist nach wie vor mit dem Eisenbahn-Bundesamt im Gespräch, um die noch ausstehenden Fördermittel zu erhalten, die im letzten Bewilligungsbescheid zwar aufgeführt, aber unter dem Vorbehalt eines Notwendigkeitsnachweises noch nicht freigegeben worden waren. Da die Investitionen zum Teil schon durchgeführt wurden, könnte mit der Bewilligung dieser Fördermittel ein positiver Ergebniseffekt erzielt werden, der sich über die Abschreibungen langfristig bemerkbar macht.

Risikobericht

Die Zukunftsaussichten lassen erwarten, dass das Geschäftsjahr 2010 mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen wird. Damit ist gegenüber 2008 eine krisenbedingte Trendumkehr erreicht, deren Dauer nicht abzuschätzen ist.

Am volatilen Markt von Containerumschlagdienstleistungen sind unvorhergesehene Effekte nie auszuschließen. Aufgrund der weiterhin angespannten gesamtwirtschaftlichen Situation sehen wir uns nicht

in der Lage eine weiterreichende qualifizierte Prognose für das Geschäftsjahr 2011 abzugeben. Insofern bleibt ein Risiko auch für die nächsten Geschäftsjahre bestehen.

Die Gesellschaft verfügt im Rahmen der Betriebsführung über ein effizientes Mahnwesen; Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Es gilt zu hoffen, dass die Chancen, die in der Vergangenheit in den positiven Entwicklungen des Containerverkehrs mit seinen Wachstumsraten von 20 % per anno zu beobachten waren, auch zukünftig wieder eintreten und für den Standort Kreis Unna genutzt werden können.

Für diese Entwicklung sprechen vor allem folgende Argumente:

- Mit dem zweiten Kran sind in Bönen weitere Steigerungen der Umschlagzahlen möglich, die die Umsätze weiter erhöhen (erstes Anzeichen hierfür: siehe Akquisition des Italienzuges).
- Damit können auch die gestiegenen Kosten überkompensiert werden (Abschreibungen, Wartung, Instandhaltung etc.).
- Akquisition neuer Kunden und damit Steigerung der Zugfrequenz und Umschlagzahlen für die beiden Terminalstandorte.

Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung in Grenzen gehalten werden können.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Leistungen der Beteiligung

<u>Terminal Bönen</u>	3 Ladegleise, Kranbahn samt Portalkran (Hubkraft 37 to.)
<u>Terminal Unna</u>	3 Ladegleise Kranbahn samt Portalkran (Hubkraft 37 to.)

Kapazitäten nach Ausbau (Zieljahr 2008): 105.000 Container jährlich, rund 440 täglich
(Bönen: 215 täglich / Unna: 225 täglich)

Umsatzerlöse	2008	2009
Gleisverkehr Unna	43 T€	52 T€
Gleisverkehr Bönen		44 T€
Pachterlöse Terminal Unna	107 T€	38 T€
Pachterlöse Terminal Bönen	<u>298 T€</u>	<u>275 T€</u>
	448 T€	409 T€

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat für die Logistikzentrum RuhrOst GmbH seit deren Gründung mehrere Bürgschaften übernommen. Es bestehen zum 31.12.2009 Restbürgschaftsbeträge i. H. v. insgesamt 7.983.436,85 €. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 16.847,28 € und für die Stundung dieses Betrages bis zum 30.06.2010 wurden lt. Vereinbarung 0,5% Zinsen i. H. v. 84,24 € vereinnahmt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Jürgen Bockermann	Diplomingenieur
Dr. Michael Danneborn	Diplomvolkswirt

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

bis 02.12.2009

Vorsitzender	Wilfried Bartmann	Lehrer i. R.
Stellv. Vorsitzender	Rainer Eßkuchen	Bürgermeister Gemeinde Bönen
	Elvira Luft	Industriekauffrau i. R.
	Matthias Immick	Fachdezernent Recht
	Klaus Herbst	Pädagogischer Mitarbeiter
	Manfred Hübner	Diplomingenieur

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

ab 02.12.2009

Vorsitzender	Klaus Herbst	Pädagogischer Mitarbeiter
Stellv. Vorsitzender	Michael Hoffmann	Diplom Sozialpädagoge
	Martin Volkmer	Polizeibeamter
	Ralf Kampmann	Technischer Beigeordneter Stadt Unna
	Rainer Eßkuchen	Bürgermeister Gemeinde Bönen
	Manfred Hübner	Diplomingenieur

Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2009 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die Einstellung weiterer Mitarbeiter ist auch in 2009 nicht umgesetzt worden. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über entsprechende Betriebsführungsverträge mit der Stadtwerke Unna GmbH geregelt.



GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH - Kamen, Bönen, Bergkamen

Unternehmenssitz

GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH
Kamen, Bönen, Bergkamen
Poststr. 4
59174 Kamen

Telefon: 02307 – 978 - 280
Telefax: 02307 - 978 - 333
E-Mail: info@gsw-kamen.de
Internet: www.gsw-kamen.de

Gründung

Die Gründung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen erfolgte am 01.01.1995, die Eintragung in das Handelsregister am 11.04.1995.

Stammkapital

15.000.000 Euro

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Städte Kamen, Bergkamen und der Gemeinde Bönen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Das Dienstleistungs- und Serviceangebot der GSW wurde im Jahre 1999 um das Segment Telekommunikation erweitert. Der Gesellschaft können weitere Aufgaben übertragen werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch das am Gesellschaftszweck orientierte Handeln der Beteiligung – die Versorgung der Menschen in ihrem Einzugsgebiet mit Strom, Gas, Wasser sowie Wärme – ist der öffentliche Zweck erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Stadt Kamen	6.300.000	42,00
Gemeinde Bönen	2.400.000	16,00
Stadt Bergkamen	<u>6.300.000</u>	<u>42,00</u>
Gesamt	15.000.000	100,00

Geschäftsergebnisse

Bilanz			
	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen und ähnliche Rechte	1.644.191,07	1.527.158,45	1.393.995,49
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	16.867.619,04	16.072.489,48	15.390.241,83
2. Bezugsanlagen	5.642.049,00	5.370.811,08	4.761.150,11
3. Verteilungsanlagen und techn. Einrichtungen	64.151.711,00	59.627.148,37	55.349.649,15
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.782.406,00	4.783.812,23	6.590.182,09
5. Anlagen im Bau	726.326,05	2.753.477,69	9.726.297,40
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	950.829,51	950.829,51	950.829,51
2. Beteiligungen	5.758.677,63	7.500.491,54	7.734.328,59
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.670.233,10	7.591.033,08	6.333.638,92
4. Sonstige Ausleihungen	479.065,46	470.989,79	439.919,66
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.275.976,87	1.863.063,54	1.391.200,72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.914.871,03	15.337.906,17	10.988.150,83
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.586.092,92	1.690.740,02	1.876.207,13
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.191.499,13	4.143.444,19	2.401.752,92
4. Sonstige Vermögensgegenstände	6.939.762,14	366.732,92	456.534,26
III. Wertpapiere			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	21.694,57	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	21.918.980,86	17.297.939,31	26.037.424,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.638,62	139.054,25	191.273,13
Summe Aktiva	153.526.624,00	147.487.121,62	152.012.775,79

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000.000,00	15.000.000,00	15.000.000,00
II. Kapitalrücklage	15.582.747,39	15.582.747,39	15.582.747,39
III. Gewinnrücklagen	4.425.151,49	5.447.728,34	6.635.580,07
IV. Bilanzgewinn	1.098.000,00	1.022.500,00	1.187.700,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	839.238,55	952.764,13	952.764,13
C. Sonderposten wegen			
Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	730.920,00	658.663,00	0,00
D. Baukosten und Ertragszuschüsse	19.505.934,98	18.253.714,72	17.791.132,30
E. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	5.668.551,00	5.946.587,00	6.153.757,00
2. Steuerrückstellungen	959.229,58	21.378,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	4.178.770,87	5.433.517,71	6.768.839,61
F. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.179.798,29	68.101.328,82	73.995.189,37
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.988.360,19	3.051.149,78	2.339.737,91
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	25.004,29	4.190,25	3.545,52
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.329.147,50	2.414.846,10	364.623,84
6. Sonstige Verbindlichkeiten	4.993.169,87	5.574.206,38	5.213.558,65
G. Rechnungsabgrenzungsposten	22.600,00	21.800,00	23.600,00
Summe Passiva	153.526.624,00	147.487.121,62	152.012.775,79

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
1. Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern)	124.858.182,83	136.574.799,78	132.974.608,07
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	434.308,47	418.943,35	412.629,05
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.026.313,59	1.252.629,39	1.256.337,01
4. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	88.161.563,86	99.334.340,10	97.711.667,85
b) Aufw. für bezogene Leistungen	2.655.958,12	2.228.477,50	2.147.220,98
5. Personalaufwand	9.432.222,95	9.759.036,20	10.091.223,07
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.763.840,87	9.236.126,30	8.640.135,25
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.358.820,10	12.739.740,15	9.820.254,86
8. Erträge aus Beteiligungen	140.000,00	646.508,80	373.353,25
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.694.253,19	1.325.462,99	509.648,13
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	265.000,00	391.000,00	515.000,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.570.742,73	3.572.045,05	3.727.939,08
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.944.909,45	2.957.579,01	2.873.134,42
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.748.671,84	929.142,20	523.897,00
14. Sonstige Steuern	430,44	16.640,04	26.314,31
15. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.196.668,05	2.045.076,85	2.375.551,73
16. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	1.098.668,05	1.022.576,85	1.187.851,73
17. Bilanzgewinn	1.098.000,00	1.022.500,00	1.187.700,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stand 2009 im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Weltweit wurden Konjunkturprogramme beschlossen, um einer Rezession entgegen zu wirken. Das reale Bruttoinlandsprodukt brach 2009 trotz wirtschaftspolitischer Interventionen um 5 % ein, nachdem im Vorjahr noch ein Anstieg von 1,3 % zu verzeichnen war. Erstmals seit sechs Jahren schrumpfte die deutsche Wirtschaft.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich mit einer zeitlichen Verzögerung auch auf die Energieversorgungsunternehmen ausgewirkt. Aufgrund der sinkenden Produktionszahlen und der geringeren Wirtschaftsleistung in Deutschland ging besonders die Nachfrage nach Energie im Bereich der Geschäftskunden zurück.

Die Regulierung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur und der verstärkte Auftritt von neuen Energieanbietern haben zu einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs geführt. Die Wechselbereitschaft der Verbraucher als auch die Nachfrage nach günstigeren Preisen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter zugenommen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnte GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen (GSW) ihre Marktposition erfolgreich behaupten. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt auf dem Vorjahresniveau.

Nach den bisher durchgeführten kostenbasierten Verfahren zur Netzentgeltgenehmigung haben die Regulierungsbehörden erstmals ab dem Jahr 2009 gemäß der Anreizregulierungsverordnung Erlösobergrenzen über einen Zeitraum von vier bzw. fünf Jahren festgesetzt.

Die Grundlage für die jeweilige Erlösobergrenze sind der Effizienzwert und die letzte Netzentgeltgenehmigung. Der Vergleich der Kosten und Strukturen aller Netzbetreiber in Deutschland nach Berechnungsmodellen der Bundesnetzagentur führt zur Festlegung der Obergrenzen für die Erlöse aus Netzentgelten.

Die Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG (SHL Netz) hat im Januar 2009 den Bescheid über die Festlegung zur Bestimmung der Erlösobergrenzen für das Erdgasnetz erhalten. Die Geltungsdauer beträgt vier Jahre. Für das Stromnetz ist der Bescheid im März 2009 erteilt worden. Die Geltungsdauer für das Stromnetz beträgt fünf Jahre.

Die Anreizregulierung soll mittelfristig zu einer Annäherung der Netzentgelte vergleichbarer Netzbetreiber und zur Planungssicherheit für die Netzbetreiber führen.

Einen weiteren Einfluss auf die zukünftigen Erlösobergrenzen hat die von den Regulierungsbehörden durchgeführte Mehrerlösabschöpfung. Durch die Mehrerlösabschöpfung soll eine Differenz zwischen tatsächlichen und genehmigten Einnahmen abgeschöpft werden, die sich in der Zeit zwischen der Abgabe des erstmaligen Genehmigungsantrags und der Genehmigungserteilung ergeben kann. Der Ausgleich wird in künftigen Perioden kostenmindernd berücksichtigt. Die Bundesnetzagentur hat für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Netzbetreiber mit der Datenerhebung begonnen.

Die erforderlichen Daten für das Stromnetz der GSW sind von der SHL Netz im Juli 2009 an die Bundesnetzagentur übersandt worden. Der Festsetzungsbescheid für GSW ist im November 2009 zugegangen. GSW wird die von der Bundesnetzagentur in einem vereinfachten Verfahren ermittelten Mehrerlöse vollständig im Geschäftsjahr 2010 als einmalige Abzugsposition von der für dieses Jahr festgesetzten Erlösobergrenze in Abzug bringen.

Die Mehrerlösabschöpfung für die Erdgassparte ist von der Landesregulierungsbehörde NRW auf das Jahr 2010 verschoben worden. Nach den bisherigen Erkenntnissen besteht für GSW kein wirtschaftliches Risiko.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen im Wirtschaftsjahr 2009 rd. 12 Mio. €. Wesentliche Investitionen betreffen Netzerweiterungen, den Neubau des Hallenbades Bönen und den Ausbau des Glasfaser-Breitbandnetzes im Pilotcluster Kamen-Mitte.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern) sanken im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 % auf 132,9 Mio. €. Nach Abzug des Materialaufwands, der übrigen Geschäfts- und Finanzaufwendungen sowie der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. € (i. Vj. 2,0 Mio. €). Von dem Jahresüberschuss sind 1,2 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt worden; 1,2 Mio. € sollen an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses 2009 resultierte insbesondere aus geringeren Zinserträgen.

Die Geschäftsfelder haben sich in 2009 unterschiedlich entwickelt. Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfällt auf den Energiebereich.

In der Stromversorgung ist ein Absatzrückgang von 9,7 % zu verzeichnen. Dies resultiert vor allem aus geringeren Mengen aus dem durchgeführten Stromhandel mit Produktionseinheiten aus der GuD-Anlage in Hamm-Uentrop. Die Umsatzerlöse sind hingegen aufgrund der Tarifpreisanpassungen zu Beginn des Jahres leicht gestiegen.

In der Erdgasversorgung sind die Umsatzerlöse bei einer konjunkturbedingt um 3,0 % geringeren Abgabemenge um 9,5 % gesunken. Die Tarifpreise sind zum 01.01., 01.04. sowie 01.10.2009 gesenkt worden.

Die gegenüber dem Vorjahr um 5,6 % geringere Absatzmenge in der Wärmeversorgung führte zu 0,8 % geringeren Umsatzerlösen. Anpassungen der Tarifpreise erfolgten zum 01.04. sowie zum 01.10.2009.

Die an Endkunden abgegebene Trinkwassermenge verringerte sich dem langjährigen Trend folgend auch in diesem Geschäftsjahr, und zwar um 0,9 %. Der Wasserpreis blieb unverändert. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % geringer ausgefallen.

Die Besucherzahl in den Einrichtungen der GSW ist gegenüber dem Vorjahr mit rd. 500.000 Besuchern nahezu konstant geblieben. Die Erlöse decken 19 % des Aufwands dieser Geschäftssparte. Auch weiterhin sind Belastungen des Unternehmensergebnisses aus dem Betrieb der Einrichtungen zu erwarten.

Über unsere Tochtergesellschaft GSWcom-Vertriebsgesellschaft mbH, Kamen, sind wir an der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG, Hamm (HeLi NET), beteiligt. Das Geschäftsergebnis der HeLi NET ist in 2009 mit 276 T€ negativ ausgefallen. Durch die Neuausrichtung auf das Medium der Lichtwellenleitertechnik konnten zum Jahresende 1.095 Glasfaseranschlüsse in den drei Pilot-Cluster Gebieten Hamm, Kamen und Lünen gewonnen werden. Durch die verzögerte Aufschaltung der neuen Anschlüsse ist die geplante Einnahme nicht erreicht worden.

Insgesamt verfügt die HeLi NET Ende 2009 über 37.118 Kunden. Trotz des Wachstums des iTK-Projekt- und Datengeschäftes und dem Start des Glasfasernetzes konnte das wettbewerbsbedingt rückläufige Teilnehmeranschlussgeschäft noch nicht kompensiert werden.

Vermögens- und Finanzlage

Die Investitionen in 2009 betreffen im Wesentlichen die Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsnetze sowie den Neubau des Hallenbades Bönen. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr der Ausbau des Pilot-Clusters Kamen-Mitte für die HeLi NET abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG weiter ausgebaut. Die EU-Kommission hat Ende 2009 dem Stadtwerke-Projekt eine Förderung von rd. 43 Mio. € zugesichert. Der Baubeschluss wird bis September 2010 erwartet. Der Windpark Borkum West II liegt rd. 45 km nördlich der Borkumer Küste in unmittelbarer Nachbarschaft zum ersten deutschen Offshore-Windpark Alpha Ventus. In einer ersten Phase sollen bis 2012 40 Windenergieanlagen mit einer Leistung von je 5 MW gebaut werden, die rd. 200.000 Haushalte mit umweltfreundlichem Strom versorgen werden. Der Bau von weiteren 40 Anlagen soll in einer zweiten Phase realisiert werden.

Die GSW hat eine Beteiligungsoption an der Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft GmbH & Co. KG erworben. Gegenstand der Trianel Kohlekraftwerk Krefeld GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Kohlekraftwerkes auf dem neuesten Stand der Technik. Das moderne Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerk auf Steinkohlebasis wird eine elektronische Leistung von 750 MW haben. Durch die ganzjährige Dampfauskopplung für den Betrieb eines Chemieparks verfügt das Kraftwerk

über einen besonders hohen Wirkungsgrad von 60 Prozent. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung wird der Baubeschluss erst im Frühjahr 2011 erwartet.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme auf 152,0 Mio. € (+ 3,0 %) gestiegen. Den Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen von 9,2 Mio. € stehen Investitionen von insgesamt 11,9 Mio. € gegenüber. Im Geschäftsjahr ist ein Darlehen von 8,5 Mio. € neu aufgenommen worden.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 25,3 % (i. Vj. 25,1 %) der Bilanzsumme, sie deckt das Anlagevermögen zu 35,3 % (i. Vj. 34,7 %). Das Anlagevermögen ist in voller Höhe durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital finanziert. Der Cashflow als wichtige Finanzierungsquelle des Unternehmens beträgt 9,5 Mio. € (i. Vj. 9,6 Mio. €).

Die Wertschöpfung als Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens beträgt im Berichtsjahr 21,9 Mio. € (i. Vj. 21,6 Mio. €); die Wertschöpfungsrendite liegt bei 16,3 % (i. Vj. 15,6 %). Aus der Wertschöpfung 2009 entfielen auf die Mitarbeiter 46,0 %, die öffentliche Hand 26,1 %, die Kapitalgeber 17,0 % und die Gesellschafter 10,8 %.

Risikobericht

Aufgrund unterschiedlicher Geschäftsfelder und Beteiligungen ist GSW Risiken, wie Vertriebs-, Beschaffungs-, Finanz-, Betriebs-, Regulierungs- und Vertragsrisiken, ausgesetzt.

Mit Zunahme der Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom- und Gasgeschäft. Ein weiteres Risiko stellt der Beschaffungsmarkt mit seinen Preisschwankungen dar. Bedingt durch den stärkeren Wettbewerb sind die Marktrisiken und die strategischen Risiken für unser Unternehmen nicht unbedeutend. Durch das Risikomanagement-System wird ein frühzeitiges Erkennen, Analysieren und rechtzeitiges Gegensteuern durch ein gezieltes Berichtswesen erreicht.

Durch den Ausbau des Produktportfolios im Vertriebsbereich wird das Risiko von Kundenverlusten an Wettbewerber minimiert. Zur Begrenzung des Beschaffungsrisikos sind Energietranchen bis 2012 fest vereinbart. Mit der Beteiligung an dem Gas- und Dampfkraftwerk der Trianel in Hamm-Uentrop, dem Windpark Borkum und dem Erdgasspeicher Epe wurden zusätzliche Ausgleichspotenziale zur künftigen Energiebeschaffung gewonnen.

Aufgrund der anhaltenden schlechten Wirtschaftsentwicklung hat sich das Risiko einer geringeren Energienachfrage der Kunden verstärkt. Die Entwicklung unterliegt ständiger Marktbeobachtung.

Das Finanzmanagement stellt die Zahlungsfähigkeit der GSW sicher. Durch die tägliche Liquiditätsanalyse mit gleichzeitiger Finanzplanung werden Finanzrisiken eingegrenzt und dokumentiert. Das monatliche Berichtswesen beinhaltet neben den Ergebnissen der Finanzwirtschaft das Forderungsmanagement sowie den Investitionsbericht.

Die bisherige steuerliche Anerkennung des technisch-wirtschaftlichen Verbundes der Einrichtungen mit den Versorgungssparten wird auch für den Zeitraum ab 2008 auf der Grundlage der bisherigen Beratungen erwartet.

Mit dem erstmaligen Aufbau eines Lichtwellenleiternetzes soll es der HeLi NET ermöglicht werden, den ständig steigenden Anforderungen des Telekommunikationsmarktes zu entsprechen und Umsatzverluste aus dem rückläufigen Teilnehmeranschlussgeschäft zu kompensieren. Damit wird den Kunden eine leistungsstarke, zukunftsichere und stabile Datenleitung angeboten.

Im Berichtsjahr bestanden keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch für die absehbare Zukunft Risiken dieser Art nicht erkennbar.

Ausblick

Zum 01.01.2010 hat SHL Netz ihre operative Tätigkeit als Netzbetreiber eingestellt und die Netzbetreibereigenschaft auf ihre Gesellschafter zurück übertragen. Die Entscheidung ist im Wesentlichen auf die Forderung der Landesregulierungsbehörde NRW nach einer Übertragung von Personal und Anlagevermögen auf die SHL Netz zurückzuführen. Da zum jetzigen Zeitpunkt von keinem Gesellschafter die Entscheidung zur Gründung einer gemeinsamen großen Netzgesellschaft getroffen werden konnte, wurde der Weg der Rückübertragung gewählt.

Bis zum 31.03.2010 war SHL Service GmbH im Wesentlichen Dienstleister für SHL Netz. Nach der Rückübertragung des Netzbetriebes an die vier beteiligten Stadtwerke wurde zum 15.04.2010 die Gesellschaft in Stadtwerke Energie Verbund plus Service GmbH umfirmiert. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, einen externen ausschließlich Internet basierten Vertrieb von Strom und Gas in dem Projekt „Kleiner Racker“ mit weiteren Stadtwerke-Partnern durchzuführen. Die Gesellschaft bietet ein preisgünstiges Internetprodukt an, wobei auf Beratungs- und Serviceleistungen verzichtet wird. Ziel ist es den Kundenverlusten im eigenen Stammgebiet entgegenzuwirken und weitere Wachstumspotenziale durch eine überregionale Vertriebsausweitung zu erschließen.

GSW hat sich mit Gelsenwasser AG auf eine gemeinsame Gesellschaft zur Abwicklung der Wasserversorgung für den konzessionierten Zeitraum bis 2038 für die Städte Kamen und Bergkamen sowie für die Gemeinde Bönen geeinigt. Die Gründung der neuen Gesellschaft und die Aufnahme des operativen Geschäftes sind bis zum 01.10.2010 vorgesehen. Die bestehenden Wassernetze der Gelsenwasser AG und der GSW werden an die neue Gesellschaft verpachtet, die Abwicklung der technischen und kaufmännischen Betriebsführung wird durch Dienstleistungsverträge geregelt.

Der Neubau des Hallenbades in Bönen ist planmäßig im ersten Quartal 2010 fertig gestellt worden. Das attraktive Bad mit Saunalandschaft wird von den Kunden sehr gut angenommen.

Nach der Inbetriebnahme des Pilot-Clusters in Kamen-Mitte im 2. Quartal 2009 ist für 2010 der Bau eines weiteren Clusters im Versorgungsgebiet vorgesehen. Durch den weiteren Ausbau des Glasfaserbreitbandnetzes sollen zusätzlich rund 660 Hauseinheiten mit Lichtwellenleitern versorgt werden. Neben dem Telefondienst wird das Internet und Fernsehen mit einer Bandbreite bis zu 100 MBits/s angeboten.

Im Energiebereich lassen insbesondere die Absatzzahlen im 1. Quartal 2010 das Erreichen des geplanten Ergebnisses für 2010 erwarten, auch wenn die weitere Entwicklung der Abgabemengen an den industriellen Bereich nach dem konjunkturbedingten Rückgang in 2009 noch mit Risiken behaftet ist.

Leistungen der Beteiligung

Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern)	2008	2009
	T€	T€
Stromversorgung	58.178	58.696
Erdgasversorgung	35.367	31.994
Wasserversorgung	2.739	2.721
Wärmeversorgung	5.940	5.890
Erlöse aus Energie- und Wasserverkauf	102.224	99.301
Sonstige	34.351	33.674
Gesamt	136.575	132.975

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2009 beträgt 2.376 T€. An die Gemeinde Bönen wurden Gewinnanteile i. H. v. 159.959,43 € ausgeschüttet. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 15.415,12 € vereinnahmt und die Erträge aus den Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme betragen für das Jahr 2009 insgesamt 725.146,89 €.

Der Stand der Bürgschaften zu Gunsten der GSW GmbH zum 31.12.2009 beläuft sich auf insgesamt 12.811.781,27 €.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Vorsitzender	Görres, Hermann Josef Stams, Robert
--------------	--

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Schäfer, Roland	Bürgermeister
1. stellv. Vorsitzender	Hupe, Hermann	Bürgermeister
2. stellv. Vorsitzender	Eßkuchen, Rainer	Bürgermeister
3. stellv. Vorsitzender	Diederichs-Späh, Karsten	Bauingenieur
4. stellv. Vorsitzende	Stuhlmann, Udo	Kfm. Angestellter
	van Acken, Marion	Kfm. Angestellte
	Aschhoff, Werner	Technischer Angestellter
	Baudrexl, Jochen	1. Beigeordneter
	Dyduch, Marion	Teamleiterin Arge
	Hasler, Reinhard	Kommunalbeamter
	Herbst, Klaus	Pädag. Mitarbeiter
	Hübner, Manfred	Diplomingenieur
	Kampmeyer, Gerd	Schulleiter
	Mecklenbrauck, Horst	1. Beigeordneter
	Mork, Adrian	Geschäftsführer Kreistagsfraktion
	Pufke, Marco Morten	Personalberater
	Schäfer, Bernd	Sparkassenbetriebswirt
	Schulte, Peter	Rohrnetzbauer
	Sparringa, Harald	Oberstudienrat
	Weirich, Volker	Angestellter
	Wiedemann, Manfred	Bergmann i. R.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Gemeinde Bönen	Heinze, Klaus Werner Kohl, Brigitte Pilz, Detlef Eßkuchen, Rainer
----------------	--

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalstand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7 auf 170 MitarbeiterInnen verringert. Zum 01.01.2009 erfolgte eine tarifvertragliche Anpassung der Löhne und Gehälter um 3,55 %.

Die betriebliche Ausbildung hat bei der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2009 wurden weitere vier Auszubildende eingestellt. Dabei handelt es sich um eine Industriekauffrau, einen Anlagenmechaniker, einen Elektroniker für Betriebstechnik und einen Fachangestellten für Bäderbetriebe.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Unternehmenssitz

Wirtschaftsförderungsgesellschaft
für den Kreis Unna mbH (WFG)
Friedrich-Ebert-Straße 19
59425 Unna

Telefon: 02303 - 271690
Telefax: 02303 - 271490
E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de
Internet: www.wfg-kreis-unna.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 21. Juli 1961 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 24. August 1961 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 3054, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 19. Juli 2004.

Stammkapital

3.032.500 Euro

Ziele der Beteiligung

Die WFG verfolgt das Ziel, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Zweckes werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und -verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und die Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und -entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung

Die Wahrnehmung der obigen Aufgaben dient grundsätzlich einem öffentlichen Zweck, der durch das am Gesellschaftszweck orientierte Handeln der Beteiligung in 2006 auch erfüllt worden ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus der Zielsetzung, durch die Ansiedlung von Unternehmen, die soziale und wirtschaftliche Struktur zu verbessern. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist von der Verwaltung an die WFG übertragen worden.

Beteiligungsverhältnisse

<u>Gesellschafter</u>	<u>Beteiligung in €</u>	<u>In %</u>
Kreis Unna	1.213.000	40,00
Stadt Bergkamen	223.600	7,73
Gemeinde Bönen	92.500	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100	3,80
Stadt Kamen	168.500	5,56
Stadt Lünen	418.000	13,78
Stadt Schwerte	219.300	7,23
Stadt Selm	110.800	3,65
Stadt Unna	245.800	8,11
Stadt Werne	125.600	4,14
	<u>3.032.500</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz			
	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen und ähnliche Rechte	1.580,00	15.274,00	21.029,00
II. Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.151,00	39.179,00	31.568,00
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	360.230,05	360.230,05	375.495,05
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. In Ausführung befindliche Bauaufträge	68.828,04	397.926,55	600.260,81
II. Grundstücke	18.450.028,05	20.016.615,89	25.518.017,00
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		27.657.704,20	30.654.381,15
1. Forderungen aus Ansiedlungen	25.548.163,32		29.633.254,58
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	274.018,17		119.585,80
3. Forderungen aus Darlehen	0,00		0,00
4. Sonstige Forderungen gegen Gesellschafter	389.985,97		820.739,40
5. Sonstige Vermögensgegenstände	105.600,96		80.801,37
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.537.446,18	2.203.970,87	2.240.075,90
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	11.225,20
Summe Aktiva	48.769.031,74	50.690.900,56	59.452.052,11
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500,00	3.032.500,00	3.032.500,00
II. Kapitalrücklage	0,00	5.715.440,75	7.215.440,75
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen		17.673.455,94	20.224.857,05
1. Grundstücke	18.265.883,05		19.864.627,00
2. Beteiligungen	360.230,05		360.230,05
C. Rückstellungen		2.564.478,86	2.312.300,00
1. Rückstellungen für Ansiedlungskosten	2.422.338,86		2.200.000,00
2. Sonstige Rückstellungen	294.400,00		112.300,00
D. Verbindlichkeiten		21.705.025,01	26.666.954,31
1. Verbindlichkeiten gegen Kreis Unna aus Darlehen	0,00		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.356.459,40		25.756.459,40
3. Verbindlichkeiten aus Ansiedlungen	0,00		0,00
4. Verbindlichkeiten aus Grundstückskäufen	149.655,50		0,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.557.345,98		584.782,73
6. Sonstige Verbindlichkeiten	330.218,90		325.712,18
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00		0,00
Summe Passiva	48.769.031,74	50.690.900,56	59.452.052,11

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
1. Umsatzerlöse			
a) Erträge aus Ansiedlungen	682.878,00		
b) Übrige Umsatzerlöse	241.324,71		
2. Veränderungen des Bestandes	68.828,04		
3. Sonstige betriebliche Erträge	624.837,08		
Gesamtertrag		1.118.819,30	6.523.713,70
4. Materialaufwand		329.098,51	5.487.079,24
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	641.252,24		
b) Aufw. für bezogene Leistungen			
5. Personalaufwand	666.096,87	816.980,80	1.313.203,55
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.312,56	11.231,41	20.561,54
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	991.219,61	876.542,64	551.695,48
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	406.112,96	471.983,25	218.443,55
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.192,74	41.469,93	13.230,28
10. Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,62
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-313.093,23	-484.520,74	-643.613,46
12. Erträge aus Verlustübernahme	313.093,23	484.520,74	643.613,46
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Operative Aktivitäten

Das Geschäftsjahr 2009 stand im Zeichen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Nachdem die Arbeitslosenquote im Kreis Unna zunächst relativ stabil geblieben war, erhöhte sie sich auf den Vorjahresstand von 10,1 % im Dezember 2009. Insofern bewahrheitete sich die schwierige Prognose, die sicherlich noch weit in das Jahr 2010 hineinwirken wird. Die positiven Auswirkungen der Boomjahre sind somit weitestgehend aufgezehrt.

Für das operative Geschäft der WFG hat dies im Jahr 2009 auf die drei Schwerpunkttätigkeiten folgende Auswirkungen gehabt:

Immobilien- und Flächenmanagement

Der Grunderwerb im INLOGPARC hat trotz der schwierigen und umfangreichen Sachlage im ersten Halbjahr 2009 gute Fortschritte gemacht. Damit konnte die Basis für weitere Erschließungsmaßnahmen im Jahr 2010 gesetzt werden. Die mittel- bis langfristig ins Visier genommenen Gewerbegebietsstandorte müssen jedoch differenziert bewertet werden.

Das interkommunale Gewerbegebiet Unna/Kamen muss unbedingt durch weitere Grunderwerbsinvestitionen gefestigt werden. Parallel dazu gilt es, den Bebauungsplan so weit voranzutreiben, dass Baurecht besteht.

Das Gewerbegebiet an der A 1 in Werne kann durch die Kooperationsbereitschaft der Stadt Selm, mit Werne in eine interkommunale Gemeinschaft einzutreten, sicherlich deutlich an Fahrt gewinnen. Allerdings ist die planerische Entwicklung durch die Verlagerung der staatlichen Regionalplanung von Arnsberg nach Essen nur schwerlich zu beschleunigen.

Das Gewerbegebiet an der Hansasträße kann im Jahr 2010 durch das neu geschaffene Planungsrecht und den getätigten Grunderwerb deutlich an Fahrt aufnehmen, während das Schürenfeld in Fröndenberg aller Voraussicht nach in der Prioritätenreihenfolge nach hinten verschoben werden muss.

Insgesamt wurden 24 Grundstücksverträge mit einem Gesamtvolumen von 962.615 m² geschlossen. Davon entfielen 9 Verträge (550.858 m²) auf Grundstückskäufe, 2 Verträge wurden im Rahmen von Tauschgeschäften beurkundet, 13 Verträge (193.904 m²) behandelten Grundstücksverkäufe und 14.379 m² wurden an Ausgleichs- und Ersatzflächen bewegt. Angesichts der Tatsache, dass sich die Grundstücke zum Teil im kommunalen Eigentum befanden, sind diese Werte nicht aus der WFG-Bilanz ableitbar. Die Anzahl der Ansiedlungskontakte betrug mit 82 deutlich weniger als noch im Vorjahr.

Unternehmensbetreuung

Neben der Ansiedlungspolitik und der damit verbundenen Gewerbeflächenbevorratung besteht ein wichtiges Handlungsfeld in der Bestandspflege bzw. Bestandsentwicklung. Dazu gehört die eher branchenorientierte Bestandspflege durch die Ausgestaltung der Kompetenzfelder Logistik, Energie, Maschinenbau/Fabrikautomation, Lebenswissenschaften mit den Segmenten Gesundheitswesen, Medizintechnik, Bio-Security und Biotechnologien sowie das Wirtschaftsförderungszentrum für Entsorgungs- und Verwertungstechnik in Lünen.

Aber auch die regional ausgerichtete Bestandspflege ist für die WFG eine zunehmend wichtiger werdende Aufgabe. Hierbei sind die Projekte in Bönen, Fröndenberg, Holzwickede, Unna und Werne hervorzuheben. Mit weiteren Kommunen wurden Gespräche aufgenommen, sodass 2010 mit weiteren Kooperationen zu rechnen ist.

Insgesamt konnten 2009 in diesem Bereich 453 Unternehmenskontakte bearbeitet werden (Vorjahr: 294).

Ein weiterer fester Bestandteil der WFG-Aktivitäten ist die Förderung von Existenzgründungen. Nach dem Aufbau eines StarterCenters im Jahr 2008 galt das Hauptinteresse im Geschäftsjahr 2009 die Beratungsqualität weiter zu steigern. Schließlich entsteht aus jeder Gründung nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein Beschäftigungseffekt von 1,8 neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Insgesamt wurden 624 Beratungsgespräche im StarterCenter der WFG durchgeführt.

Arbeitsmarkt und Qualifizierung

Schließlich verfügt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Bereich der Arbeitsmarktpolitik über wichtige Instrumente, um das Qualifikations- und Bildungsniveau der Menschen im Kreis Unna positiv zu beeinflussen. Die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur für das Westfälische Ruhrgebiet und die Koordinierungsstelle Frau und Beruf mit ihren Projekten wirken sich nicht nur kurzfristig auf die Qualifikationen aus, sondern sie beeinflussen auch langfristig die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt positiv. Aktuelle Projekte fördern einen bruchlosen Übergang von der Schule in den Beruf und eine verbesserte Berufsorientierung, mit der vor allem der Nachwuchs für technikorientierte Branchen gesichert werden soll. Hier spielten die Qualifizierung der Studien- und Berufswahlkoordinator/innen in Schulen, das Qualitätssiegel Schule→Beruf oder die Messe Perspektive Technik eine wichtige Rolle. Weitere Schwerpunkte im Jahr 2009 waren die Verbesserung der Informationsbasis für Frauen, die nach einer Familienphase den beruflichen Wiedereinstieg anstreben, die Weiterbildungsberatung sowie die Entwicklung von Projekten und Koordinierung von Aktivitäten zur Integration benachteiligter Zielgruppen in den Arbeitsmarkt.

Vermögens-/Kapitallage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Positionen Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken hat bilanziell im Geschäftsjahr um 5.300 T€ auf 5.484 T€ und die aktivierten Erschließungskosten um 202 T€ auf 600 T€ zugenommen, während die kommunalen Grundstücke um 2.551 T€ auf 19.865 T€ und die Forderungen aus Ansiedlungen um 4.272 T€ auf 29.633 T€ angestiegen sind. Diese Positionen sind maßgeblich für die starke Ausweitung der Bilanz-

summe verantwortlich. Der Kassenbestand hat sich um 36 T€ auf 2.240 T€ erhöht. Unter dem Strich hat sich die Bilanzsumme um 8.761 T€ im Vergleich zum Vorjahr erhöht und beträgt nun 59.452 T€.

Auf der Passivseite wurde vor allem durch die Zahlung des Kreises Unna in Höhe von 1.500 T€ die Kapitalrücklage ausgeweitet und beträgt inzwischen 7.215 T€. Eine weitere wesentliche Veränderung auf der Passivseite ist die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 6.900 T€. Dies resultiert vor allem aus den verstärkten Grundstücksankäufen im Projekt INLOGPARC.

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum aus dem gezeichneten Kapital, den Rückstellungen und der Kapitalrücklage konnte durch die Zahlung des Kreises Unna auf 12.448 T€ ausgebaut werden. Diese Beträge stehen für Investitionen in die Treuhandverträge zur Verfügung und werden vor allem in den nächsten Jahren in WFG-Projekten gebunden, die weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten zur Folge haben. Darüber hinaus ist ein Betrag von 375 T€ durch die Finanzbeteiligungen gebunden. 15 T€ sind durch die Beteiligung an der „newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH“ im Geschäftsjahr 2009 hinzugekommen.

Der Finanzierungsbedarf für Gewerbepark-Projekte bei der WFG ist nach wie vor erheblich. An den in Arbeit befindlichen Projekten lässt sich erkennen, dass er auch weiter steigen wird.

Die Eigenkapitalquote ist durch die eingestellte Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr (17,3 %) auf 17,2 % gesunken und die Fremdkapitalquote auf 82,8 % (Vorjahr: 82,7 %) gestiegen.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die WFG erzielte im Geschäftsjahr 2009 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von - 644 T€ (Vorjahr: - 485 T€).

Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründet, bestehen aus den Umsatzerlösen (263 T€; Vorjahr: 273 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (759 T€; Vorjahr: 517 T€), wie z. B. den Zuschüssen und den Zinserträgen (218 T€; Vorjahr: 472 T€).

Bei allen Bemühungen der Geschäftsleitung, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und möglichst hohe Erlöse zu erzielen, muss betont werden, dass Wirtschaftsförderung nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist, sondern im Kernpunkt auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Im Hinblick auf die Ziele der Wirtschaftsförderung muss festgestellt werden, dass notwendige struktur- und wirtschaftspolitische Aktivitäten sich insbesondere an der Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlagen und nur bedingt im Jahresabschluss der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2009 konnte die WFG Einkünfte (ohne Bestandsveränderungen) in Höhe von 1.240 T€ erzielen (Vorjahr: 1.262 T€). Wie erwartet konnte der Umsatz vom Vorjahr nicht gehalten werden, da sich im Geschäftsjahr 2009 bereits die Krisenentwicklung deutlich widerspiegelte. Ohne die aufgelösten Rückstellungen (191 T€) wäre die Diskrepanz zum Vorjahr noch erheblich größer ausgefallen.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen (5.487 T€), welche sich auf die langfristigen WFG-eigenen Projekte beziehen, werden durch die Bestandsänderung (5.502 T€) nahezu neutralisiert. Da die Projekte noch nicht abgewickelt wurden, ist der Einfluss auf die zukünftigen Geschäftsjahre noch nicht absehbar. Entscheidend wird hierbei vor allem sein, ob die entstandenen Kosten inklusive Personalaufwand und Zinsen durch die Verkaufserlöse erwirtschaftet werden können. Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion wird der Verlustausgleich vom Gesellschafter Kreis Unna geleistet. Alle anderen Kommunen nehmen an der Finanzierung des Verlustes der Gesellschaft nicht teil. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, dass die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteil werden, über die Kreisumlage allen Kommunen entspre-

chend ihres Umlageanteils angelastet werden. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft Wirtschaftsregion Kreis Unna zu stärken.

Dennoch ist das Ziel, gemäß Wirtschaftsplan 2009 mit einem Jahresverlust von 640 T€ abzuschließen, krisenbedingt verfehlt worden, insbesondere wenn man die Einnahmen aus der Auflösung von Rückstellungen berücksichtigt.

Fazit zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist die Geschäftssituation der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH wegen des hohen Jahresfehlbetrages als nicht zufriedenstellend zu bewerten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert.

Ein Risikomanagementsystem wurde 2009 EDV-unterstützt auf der Basis eines geprüften Standardprogrammes der DATEV schrittweise aufgebaut. Darin wurden 62 Einzelrisiken in 7 Risikokategorien (wie z. B. finanzwirtschaftliche oder Marktrisiken) aufgeführt und bewertet. Geeignete Gegenmaßnahmen und Überwachungsinstrumente werden regelmäßig entwickelt und durchgeführt, um die Eintrittswahrscheinlichkeit möglichst gering zu halten. Risiken, die sich im Rahmen der Analyse als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem im engen Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsmodell der WFG-Projekte. Hierbei wird die Geschäftsführung in Zukunft auf Zinsänderungsrisiken, die Liquiditätsreserven, die Risiken aus der Grundstücksbevorratung und die Preisabhängigkeit bei Grundstücken zu achten haben.

Wirtschaftliche oder rechtliche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Die Gewerbeflächenpotenziale müssen durch entsprechende Grunderwerbsverhandlungen marktfähig gemacht werden. Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen darauf schließen, dass neben den so genannten „harten“ Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Aktivitäten wie Existenzgründungsförderung, Bildung, Qualifizierung und Bestandsentwicklung in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein werden. Hierzu wird die WFG die Aktivitäten im Bereich der Kompetenzfelder und im Hinblick auf die NRW-Ziel-2-Förderung weiter ausbauen. Dazu gehören vor allem auch weitere Instrumente, um die Investitionsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern. Umsatzsteigerungen sind jedoch nicht zu erwarten.

Der Kreis Unna hat durch die Einbringung von 5 Mio. € in 2008 und 2009 die Kapitalausstattung der WFG erheblich verbessert. Damit ist die Liquidität der WFG, bestehend aus dem Stammkapital und der Kapitalrücklage und den Rückstellungen, erheblich verbessert worden, auch wenn eine hohe Kapitalbindung durch die WFG-Projekte entstanden ist. Die Verbesserung der Kapitalstruktur diene zu einem

Teil der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und bietet zu einem weiteren Teil die Möglichkeit, die Kapazitäten in Form von Projekten auszuweiten.

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wird laut Wirtschaftsplan 2010, welcher vom Aufsichtsrat genehmigt worden ist, ein Jahresfehlbetrag von 685 T€ erwartet.

Leistungen der Beteiligung

Projekte	2008	2009
Bestandsprojekte	15	15
Planung		
Planungskosten	322.410,37 €	166.168,15 €
Erschließungskosten	1.155.788,65 €	1.092.917,78 €
Grunderwerb		
Verträge	11	11
Erworbene Quadratmeter	ca. 596.821	ca. 760.743
Sonstiges	1 Hofesstelle	-
Ausgabenvolumen	ca. 7,1 Mio. €	ca. 7,7 Mio. €
Vermarktung		
Verträge	18	13
Verkaufte Quadratmeter	ca. 101.283	ca. 193.819
Arbeitsplätze		
Neue Arbeitsplätze	ca. 334	ca. 240
Gesicherte Arbeitsplätze	ca. 220	ca. 723

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion wurde der Verlustausgleich vom Gesellschafter Kreis Unna geleistet (vgl. § 8 des Gesellschaftsvertrages). Alle übrigen Kommunen nahmen an der Finanzierung des Verlustes der Gesellschaft nicht direkt teil.

Auch für das Jahr 2009 wurde von der Gemeinde ein Darlehen i.H.v. 2.291.000,00 Euro gewährt. Aus dieser Darlehensgewährung ergab sich ein Zinsertrag in Höhe von 67.246,31 €.

Ab dem 15.10.2009 wurde das Darlehen wie folgt getilgt:	15.10.2009	500.000,00 €
	31.10.2009	291.000,00 €
	15.11.2009	500.000,00 €
	15.12.2009	500.000,00 €

Die Restschuld in Höhe von 500.000,00 € wurde bis zum 12.01.2010 getilgt und mit 767,36 € verzinst.

Aus der Abrechnung des Treuhandvertrages B 26 konnten 2009 Einnahmen in Höhe von 661.294,69 € erzielt werden.

Der Stand der Bürgschaften am 31.12.2009 belief sich auf 11,0 Mio. €.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer	Dr. Michael Dannebom Christoph Gutzeit
------------------------	---

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Michael Makiolla	Landrat des Kreises Unna
1. Stellv. Vorsitzender	Roland Schäfer	Bürgermeister der Stadt Bergkamen
2. Stellv. Vorsitzender	Wilhelm Jasperneite	CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Unna
	Heinrich Böckelühr	Bürgermeister der Stadt Schwerte
	Lothar Christ	Bürgermeister der Stadt Werne
	Brigitte Cziehso	Mitglied der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna
	Rainer Eßkuchen	Bürgermeister der Gemeinde Bönen
	Herbert Goldmann	Mitglied der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna
	Hermann Hupe	Bürgermeister der Stadt Kamen
	Werner Kolter	Bürgermeister der Stadt Unna
	Mario Löhr	Bürgermeister der Stadt Selm
	Friedrich-Wilhelm Rebbe	Bürgermeister der Stadt Fröndenberg
	Jenz Rother	Bürgermeister der Gemeinde Holzwickede
	Reinhard Schulz	Hauptgeschäftsführer der IHK Dortmund
	Hans-Wilhelm Stodollick	Bürgermeister der Stadt Lünen

Gesellschafterversammlung

Jürgen Kolar	Mitglied
Axel Fuhrmann	Stellvertreter

Personalbestand

Ende des Jahres 2009 waren bei der WFG 31 Mitarbeiter beschäftigt (inklusive Stiftung Weiterbildung). Davon war je ein Mitarbeiter im Rahmen einer Vereinbarung zur Personalabordnung zwischen dem Kreis Unna und der WFG bzw. den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Unna und der WFG in der Gesellschaft tätig, während alle anderen direkt bei ihr angestellt waren. Die beiden Mitarbeiter der Regionalagentur hatte die WFG jeweils zur Hälfte ihrer Arbeitszeit an die Wirtschaftsförderung Dortmund weitergeleitet.

In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf eine gute Mischung zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern. So wurde auch im Jahr 2009 eine neue Ausbildungsstelle besetzt.

Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungs-
gesellschaft mbH (UKBS)
Friedrich-Ebert-Straße 32
59425 Unna

Telefon: 02303 - 28270
Telefax: 02303 - 282799
E-Mail: info@ukbs.de
Internet: www.ukbs.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet. Sie ist in das Handelsregister Hamm Abt. B unter Nr. 3046 eingetragen.

Stammkapital

2.600.000 Euro

Ziele der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im eigenen Namen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, Wohnraum zu errichten, zu bewirtschaften und damit der Bevölkerung zu Wohnzwecken anzubieten.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Kreis Unna	1.061.850	40,84
Stadt Unna	381.150	14,66
Stadt Bergkamen	364.000	14,00
Stadt Kamen	286.000	11,00
Stadt Hamm	171.600	6,60
Stadt Fröndenberg	127.400	4,90
Gemeinde Bönen	78.000	3,00
Stadt Selm	78.000	3,00
Gemeinde Holzwickede	52.000	2,00
Gesamt:	<u>2.600.000</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5,57	80.746,57	124.328,57
II. Sachanlagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	76.909.372,32	74.485.368,83	75.939.220,62
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	7.752.818,31	7.534.526,31	7.328.777,31
Grundstücke ohne Bauten	281.089,57	97.270,02	514.340,68
Techn. Anlagen und Maschinen	1,00	1,00	1,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.369,45	71.151,04	78.127,61
Bauvorbereitungskosten	38.461,48	0,00	396.949,64
Anlagen im Bau	0,00	1.556.730,38	1.824.658,72
Geleistete Anzahlungen	0,00	19.127,68	0,00
III. Finanzanlagen	4.160,00	4.160,00	4.160,00
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
Unfertige Leistungen	4.783.323,89	4.705.322,87	5.018.309,62
Andere Vorräte	140.642,85	152.738,29	137.608,86
Geleistete Anzahlungen	53.768,05	53.485,00	52.079,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	85.678,84	60.619,15	89.969,15
Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	435,00	0,00	0,00
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	7.804,45	742,59	3.707,98
Sonstige Vermögensgegenstände	54.358,96	81.553,36	60.309,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.165.560,01	3.540.712,37	355.889,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44.318,23	1.550,30	1.501,68
Summe Aktiva	93.385.167,98	92.445.805,76	91.929.939,96
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Gewinnrücklagen			
Gesellschaftsvertragliche Rücklage	1.300.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00
Bauerneuerungsrücklage	6.153.295,31	6.153.295,31	6.153.295,31
Andere Gewinnrücklagen	10.570.332,22	10.570.332,22	11.053.023,97
III. Bilanzgewinn	312.000,00	898.691,75	875.521,89
B. Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen	201.471,00	194.877,00	188.344,00
Steuerrückstellungen	1.404.013,00	15.000,00	0,00
Rückstellungen für Bauinstandhaltung	150.000,00	450.000,00	720.000,00
Sonstige Rückstellungen	49.000,00	75.500,00	51.000,00
C. Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58.766.196,91	58.377.997,35	57.316.951,86
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	6.383.964,69	6.145.479,40	5.895.508,18
Erhaltene Anzahlungen	4.832.428,00	5.019.983,16	5.173.300,38
Verbindlichkeiten aus Vermietung	189.664,11	195.983,23	211.289,20
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	472.802,74	448.666,34	389.543,81
Sonstige Verbindlichkeiten			2.161,36
Summe Passiva	93.385.167,98	92.445.805,76	91.929.939,96

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	13.991.043,33	14.036.653,51	14.229.663,93
Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	843.965,80	-78.001,02	312.986,75
Andere aktivierte Eigenleistungen	60.063,00	91.936,00	271.610,50
Sonstige betriebliche Erträge	310.585,63	318.854,95	372.256,60
 Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	8.646.403,91	7.262.736,52	7.737.494,55
 Rohergebnis	6.559.253,85	7.106.706,92	7.449.023,23
 Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	875.396,47	920.051,98	984.452,51
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	272.864,62	280.606,40	301.553,18
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.778.679,00	2.728.830,08	2.800.892,28
Sonstige betriebliche Aufwendungen	749.015,58	1.011.496,68	1.080.297,06
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	112.821,67	168.586,23	50.970,87
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.089.584,98	1.069.443,55	1.068.726,51
 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	906.534,87	1.264.864,46	1.264.072,56
 Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.309.967,29	15.000,00	30.739,60
Sonstige Steuern	351.871,89	351.172,71	357.811,07
 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-755.304,31	898.691,75	875.521,89
 Entnahmen aus Gewinnrücklagen	1.067.304,31	0,00	0,00
Bilanzgewinn/-verlust	312.000,00	898.691,75	875.521,89

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Die Unsicherheiten über die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung bestehen nach wie vor. Auch das Jahr 2009 stand weiterhin im Zeichen der Auswirkungen der Finanzkrise. Die Folgen werden auf dem Arbeitsmarkt noch lange zu spüren sein, eine steigende Arbeitslosigkeit wird erwartet. Dies kann bei dem von Nachfragern dominierten Wohnungsmarkt zu steigenden Mietrückständen, hohen Mietausfällen und Leerstandsquoten führen.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2009

- 2.757 Wohnungen und
- 14 Büro- und sonstige Einheiten
- in insgesamt 373 Häusern
- 456 Garagen

mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 185.795,55 m² umfasst.

Für die Mieter bestand auch 2009 ein überaus günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten sämtlicher Wohnungen lagen auch in 2009 ausschließlich, überwiegend sogar deutlich, unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 339,6 T€ (2008: 346,4 T€). Von den Kosten entfallen 15,5 T€ (2008: 35,1 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 117,8 T€ (2008: 105,9 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2009 75,6 T€ Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betrugen in 2009 3,1 % (= 457,3 T€), gegenüber 2008 3,2% (= 455,9 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 114,2 T€ (2008: 111,7 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im wesentlichen daraus, dass die Gesellschaft überwiegend sozial schwächere Bevölkerungsschichten mit Wohnraum versorgt. Diese Haushalte sind oft überschuldet, von Arbeitslosigkeit betroffen oder erhalten finanzielle Unterstützung durch die ARGE.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.227,1 T€ (2008: 3.386,0 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2009 in Relation zur Sollmiete rd. 33,3 % (Vorjahr: 35,1%) verausgabt. Dies sind 17,44 € pro m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 18,36 € pro m²).

Neubautätigkeit

- Bönen

Im August 2009 wurde in Bönen ein 4.116 m² großes Grundstück erworben. Auf dem Grundstück soll ein Neubau mit rd. 30 Wohnungen als „Betreutes Wohnen“ errichtet werden.

Baubeginn ist für das 1. Quartal 2011 vorgesehen.

- Kamen

Auf einem rd. 4.200 m² großen Grundstück am Kamener Hellmig Krankenhaus soll ein Gesundheitszentrum entstehen. Mit der Herrichtung des Grundstückes wurde im Oktober 2009 begonnen.

Für die voraussichtlich täglich 600 – 800 Besucher der Arztpraxen wird ein Parkhaus neben dem Gebäude erstellt.

Das Gebäude wird einen baulichen Übergang zum Krankenhaus bekommen. Die Nutzfläche beträgt rd. 3.300 m² auf 3 Etagen. Im Erdgeschoss sind u. a. eine Apotheke, ein Sanitätshaus und eine Bäckerei mit Cafe vorgesehen. Die Räumlichkeiten in der 1. und 2. Etage sollen Fachärzte nutzen. Die Fertigstellung ist für März 2011 geplant.

- Unna

Der im März 2008 begonnene Bau eines Wohn- und Geschäftshauses in Unna, Hansastr., für das Frauenforum im Kreis Unna e. V. konnte planmäßig im März 2009 fertiggestellt und übergeben werden.

Die im November 2008 gestarteten Umbaumaßnahmen von 2 ehemaligen Übergangswohnheimen in Unna, Effertzstr., zu einem barrierefreien Mehrgenerationenhaus konnte im November 2009 abgeschlossen werden. Durch eine bauliche Verbindung der Häuser entstanden aus 12 gleich großen Wohnungen 15 unterschiedlich große Wohnungen und ein Gemeinschaftsraum.

Das zur Arrondierung im August 2008 erworbene 543 m² große Grundstück am Mehrgenerationenprojekt in der Effertzstr. Wird voraussichtlich in 2010 bebaut.

Im Januar 2009 wurde ein 3.433 m² großes Grundstück in Unna Dahlienstr., erworben. Mit dem Bau von 34 barrierefreien Wohnungen wurde im Juni 2009 begonnen. Das Gebäude beinhaltet einen Gemeinschaftsraum und Räumlichkeiten für einen Pflegedienst. Die Fertigstellung ist für September 2010 vorgesehen.

In Unna, Friedrich-Ebert-Str., wurde im Oktober 2009 mit der Erweiterung des Verwaltungsgebäudes begonnen. Auf 4 Etagen entstehen für die derzeitigen Mieter ca. 360 m² Büroflächen. Der Anbau wird voraussichtlich im April 2010 fertiggestellt.

Für die

Für die begonnenen und geplanten Neubaumaßnahmen werden in 2010 Fremdkosten in Höhe von rd. 9.209 T€ entstehen. Die Finanzierung erfolgt durch 7.912 T€ öffentliche Mittel und Hypothekendarlehen und rd. 1.297 T€ Eigenmittel der Gesellschaft.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Bilanzgewinn von 875,5 T€ (2008: 898,7 T€) ausgewiesen. Dieser Bilanzgewinn wurde im wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2009 91,9 Mio. € (2008: 92,4 Mio. €.).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 86,2 Mio. € (2008: 83,8 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 86,1 Mio. € (2008: 86,7 Mio. €.) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 93,8% (2008: 90,7%).

Die Eigenkapitalquote beträgt 23,9 % gegenüber 23,3 % im Vorjahr.

Die Unterdeckung war stichtagsbedingt. Bei der z. Zt. Vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2009 nicht eingetreten.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2009 voll entsprochen.

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Zum Ende des Jahres 2009 scheint der Tiefpunkt der schwersten weltwirtschaftlichen Rezession seit dem 2. Weltkrieg überschritten. In Deutschland hat sich die Konjunktur in 2009 ebenfalls stabilisiert, wenn auch auf deutlich reduziertem Produktionsniveau.

Allerdings hat sich bis Ende 2009 die Rezession auf dem Arbeitsmarkt noch nicht im vollen Umfang ausgewirkt. Die Prognosen für 2010 gehen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. In diesem Zusammenhang bestehen Risiken des Mietwohnungsmarktes hinsichtlich steigender Fluktuations- und Leerstandsquoten, sowie in zunehmenden Mietforderungsausfällen.

Bestandsgefährdende Risiken und Risiken, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Verwaltung des Wohnungsbestandes berücksichtigt auch den Gedanken einer möglichst ökologischen Bewirtschaftung. So wurde besonders durch Wärmedämmungs- und andere energiesparende Maßnahmen ein Beitrag zur Reduzierung der Stickoxyde und der Primärenergie geleistet.

Durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes sind wir zuversichtlich, dass unser Wohnungsangebot am Markt auch weiterhin gute Chancen haben wird und somit auch der Anstieg der Erlösschmälerungen mittelfristig gebremst werden kann.

Die Gestaltung des Wohnumfeldes wird bei Modernisierungen grundsätzlich berücksichtigt, da es die Zufriedenheit der Mieter erhöht und das Interesse von Wohnungssuchenden an diesen Wohnanlagen steigert. Des Weiteren sorgen wir durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar bleibt.

Die Gesellschaft hat sich mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf ihren Wohnungsbestand beschäftigt. So werden z.B. älteren Mietern günstige Dienstleistungen rund um das Produkt Wohnen angeboten. Damit soll es dieser Personengruppe ermöglicht werden, solange wie möglich in ihren Wohnungen leben zu können.

Neue innovative Wohnformen für Seniorinnen und Senioren werden angeboten. Es entstand u. a. eine ambulant betreute Senioren-Wohngemeinschaft. Die Betreuung und pflegerische Versorgung wird rund um die Uhr sichergestellt. Mit dem Bau des Neubauprojektes „Betreutes Wohnen in Unna“ wurde im Juli 2009 begonnen. Ein weiteres Projekt dieser Art ist in Bönen vorgesehen, der Grundstückskauf wurde im Mai 2009 bereits getätigt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden. Derivate Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht in Anspruch genommen. Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen. Fällig gewordene Darlehn wurden zu marktüblichen Konditionen und einem Zinsfestschreibungszeitraum von 10 Jahren prolongiert.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2010 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Jedoch werden bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen Ergebnisse des Portfoliomanagements und der Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an neuen Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften) ist vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der lokalen, wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Leistungen der Beteiligung

	2008	2009
Gesamtwohn/-nutzfläche in m ²	184.492,60	185.795,55
Wohnungen	2761	2.757
davon in Bönen	212	212
Büro- und sonstige Einheiten	13	14
Garagen	456	456
Fluktuationsquote in %	9,1	9,7
Leerstandsquote in % (31.12.2009)	2,7	2,7

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Aus dem Jahresüberschuss 2009 erhält die Gemeinde Bönen gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.05.2010 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 13.131,30 €.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Matthias Fischer
Prokurist	Karl-Friedrich Meister

Aufsichtsrat

Kreis Unna	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
	Theodor Rieke (Vors.)	Wolfgang Kerak
	Michael Makiolla	Norbert Hahn
	Ursula Sopora	Jörg-Uwe Ebner
	Martin Wiggermann	Ursula Lindstedt
	Claudia Gebhard	Gerhard Meyer
	Andrea Hosang	Herbert Goldmann
Stadt Unna	Werner Kolter	Ralf Kampmann
	Michael Hoffman (Stellv.)	Werner Porzybot
Stadt Bergkamen	Horst Mecklenbrauck	Dr. Ing. Hans-Joachim Peters
	Uwe Radtke	Michael Jürgens
Stadt Kamen	Hermann Hupe	Jochen Baudrexl
	Friedhelm Lipinski	Michael-Dieter Krause
Stadt Hamm	Björn Pförtzsch	Raymund Schneeweis
Stadt Fröndenberg	Josef Schmidt	Jürgen Wiechert
Gemeinde Bönen	Thomas Köster	Norbert Enters
Stadt Selm	Wolfgang Steinberg	Herbert Krusel
Gemeinde Holzwickede	Jenz Rother	Frank Lausmann

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Gemeinde Bönen in der Gesellschafterversammlung	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
	Gerhard Schmidt	Werner Kümmel

Personalbestand

Zum 31.12.2009 waren insgesamt 28 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Davon waren fünf Teilzeitbeschäftigte. Zwei Mitarbeiterinnen befinden sich im Erziehungsurlaub.



Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Unternehmenssitz

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
Geschäftsleitung: Krögerweg 11
48155 Münster

Telefon: 0251 - 6270250
Telefax: 0251 - 6270222
E-Mail: info@vku-online.de
Internet: www.vku-online.de

Betriebshof Kamen: Lünener Str. 13, 59174 Kamen
Betriebshof Lünen: Kupferstr. 54, 44532 Lünen

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1908 als „Kleinbahn Unna – Kamen – Werne“ gegründet. Die heutige VKU arbeitet seit 1980 unter dem Dach der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH WVG.

Stammkapital

3.856.100 Euro

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen aus.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Kraftfahrzeugen sowie die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern, zu erreichen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	966.990,00	25,08
Kreis Unna	968.180,00	25,11
Stadt Lünen	632.050,00	16,39
Stadt Unna	353.910,00	9,18
Stadt Kamen	311.320,00	8,07
Stadt Bergkamen	296.030,00	7,68
Stadt Werne	197.970,00	5,13
Gemeinde Bönen	53.220,00	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280,00	1,10
Stadt Selm	34.150,00	0,89
	3.856.100,00	100,00

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	48.494,00	44.497,00	28.459,00
II. Sachanlagen	8.858.911,74	8.413.381,74	8.551.097,74
III. Finanzanlagen	108.462,78	98.200,45	87.207,78
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	173.303,39	217.332,15	220.981,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.234.352,81	409.176,42	281.317,19
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen Gesellschafter	3.854.605,86	5.036.210,61	4.867.084,26
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.536.666,96	1.718.333,65	792.779,94
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	304.015,96	60.882,29	65.756,40
C. Rechnungsabgrenzungsposten	73.825,72	1.103,20	1.129,43
Summe Aktiva	16.192.639,22	15.999.117,51	14.895.813,53
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100,00	3.856.100,00	3.856.100,00
II. Kapitalrücklage	800.145,66	800.145,66	637.476,21
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	86.279,00	79.646,00	78.177,00
2. Sonstige Rückstellungen	2.792.048,00	2.619.851,00	2.565.154,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.879.092,54	4.884.462,35	5.684.637,82
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	869.888,89	863.626,38	952.243,60
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	95.743,36	100.672,40	106.148,58
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	181.967,75	2.653.132,30	540.131,71
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.631.374,02	141.481,42	475.744,61
Summe Passiva	16.192.639,22	15.999.117,51	14.895.813,53

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007	2008	2009
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	17.061.207,93	16.058.527,33	17.708.288,83
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.942.495,58	7.665.581,41	6.575.552,51
3. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.501.832,33	2.961.005,11	2.525.128,37
b) Aufw. für bezogene Leistungen	8.186.797,52	8.685.662,75	9.300.889,75
4. Personalaufwand	8.580.863,51	8.501.970,08	8.630.725,47
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.453.512,14	1.448.351,30	1.500.636,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.790.896,47	1.802.588,99	2.045.088,16
7. Erträge aus Beteiligungen	72,00	120,00	120,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.392,77	1.613,78	17.596,56
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	478.159,01	313.085,99	285.731,28
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.107,30	13.178,30	13.358,20
11. Sonstige Steuern	13.107,30	13.178,30	13.358,20
12. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Umfeld der Finanzkrise und der schwierigen Konjunkturlage entwickelte sich das operative Ergebnis besser als geplant und positiv gegenüber dem Vorjahr. Das Bilanzergebnis konnte auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Ursachen hierfür waren die Einführung des SozialTickets, die gesunkenen Energiepreise sowie Sondererträge aus der Einnahmeaufteilung für Vorjahre und der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen.

Bericht über die öffentliche Zwecksetzung

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen. Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr betrieben.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge. Daher übt die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes aus.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der nicht nur Gesellschafter der VKU ist, sondern trägt auch gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaften Ruhr-Lippe und Rhein-Ruhr integriert.

Durch die Einführung eines vom Kreis Unna mitfinanzierten Sozialtickets ab Dezember 2008 hat das Unternehmen Fahrgäste und Umsatzerlöse in bedeutendem Umfang hinzugewinnen können.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 privaten Omnibusunternehmen, die rd. 46 % der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

Ab dem Jahre 2011 plant der Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als interner Betreiber.

Mit der Direktvergabe sollen der notwendige finanzielle Ausgleich und die Ausschließlichkeitsrechte für die vergebenen Linienverkehre gewährt werden, sie soll für 10 Jahre erfolgen.

Ein entsprechender Grundsatzbeschluss ist bereits vom Kreis gefasst worden. Die notwendigen umfangreichen Maßnahmen zur Umsetzung der Direktvergabe sind nahezu abgeschlossen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Umsätze erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,7 Mio. EUR. Ursache hierfür waren Fahrpreiserhöhungen, nachträglich abgerechnete Einnahmezuschüsse innerhalb der Verkehrsgemeinschaften für Vorjahre und die Einführung des Sozialtickets.

Die Anzahl der beförderten Fahrgäste stieg insbesondere durch die starke Inanspruchnahme des Sozialtickets insgesamt um rd. 6,4 %. Der Schülerverkehr jedoch ging um rd. 2,8 % zurück.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. mit rund 5,9 Mio. EUR Leistungen des Kreises Unna für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Regie- und Vertriebsaufgaben sowie mit der Vorhaltung von ortsfesten Infrastrukturanlagen und der Durchführung des Betriebes.

Aufgrund dieser Erträge weist die Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis auf.

Auf der Kostenseite wirkten sich die stark gesunkenen Dieselpreise aufwandmindernd aus. Insgesamt führten insbesondere Tarifierhöhung für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistung zu höheren Kosten von rd. 2,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2009 verringerte sich die Bilanzsumme um 1.103 TEUR auf 14.896 TEUR.

Auf der Aktivseite steht der Zunahme des Anlagevermögens um 111 TEUR auf 8.667 TEUR die Abnahme des Umlaufvermögens um 1.214 TEUR auf 6.228 TEUR gegenüber.

Das Eigenkapital sank durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage um 163 TEUR auf 4.494 TEUR. Die sonstigen Rückstellungen verminderten sich um 55 TEUR auf 2.565 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Wesentlichen durch die Neuaufnahme eines Darlehens in

Höhe von 1.500 TEUR und unter Berücksichtigung von Tilgungen der Altdarlehen auf 5.685 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern verringerten sich maßgeblich durch geringere Kassenhilfsmittel des Gesellschafters WVG um 2.113 TEUR auf 540 TEUR.

Das Anlagevermögen von 8.667 T€ ist durch Eigenkapital (44,9 %) und durch langfristige Fremdmittel (55,1 %) finanziert.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

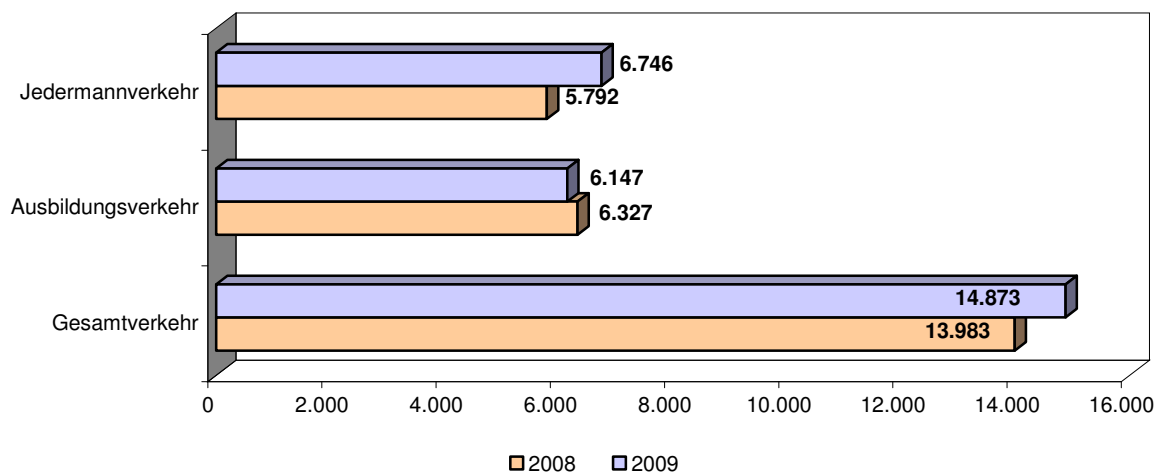
Risiko- und Prognosebericht

Bestandsgefährdende Risiken werden von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen. Es liegen auch keine Beschlüsse der Unternehmensorgane vor, die eine solche Annahme stützen könnten.

Aufgrund der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen und z. Z. noch nicht planbarer positiver Sondereffekte wird für 2010 im Personenverkehr mit einem schlechteren Ergebnis gerechnet. Insbesondere die Dieselpreise bergen ein hohes Kostenrisiko.

Leistungen der Beteiligung

Fahrgastzahlen nach Ertragsstatistik (in TSD)



Verkehrsnetz

	2008	2009
Linienlänge gesamt in km	2.368	2.415
Anzahl der Linien gesamt	117	117

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Es besteht eine Verlustabdeckungsvereinbarung aus dem Jahre 1993 zwischen dem Kreis Unna und den übrigen Gesellschaftern, wonach die jährlichen Verluste über den Kreishaushalt abgewickelt werden. 50 % werden nach einem Betriebsleistungsschlüssel abgerechnet und von den beteiligten Gemeinden an den Kreis Unna erstattet.

Der Anteil der Gemeinde Bönen bei der Verlustabdeckung der VKU betrug im Wirtschaftsjahr 2009

- 83.573 € für den allgemeinen Linienverkehr
- 40.943 € für die Schülerbeförderung

An Schülerbeförderungskosten wurden von der Gemeinde Bönen 2009 insgesamt 194.460,57 € an die VKU bezahlt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Zwischen der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) besteht ein Geschäftsführungsvertrag, wonach die Aufgaben der Geschäftsführung von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH wahrgenommen werden.

Geschäftsführer	Dr. Ing. Eberhard Christ
Stellv. Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Dieter Eichner

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Michael Makiolla	Landrat des Kreises Unna
1. Stellv. Vorsitzender	Dr. Fritz Baur, 1. Landesrat	WVG/WLV
2. Stellv. Vorsitzender	Rainer Schmeltzer	Arbeitnehmervertreter
	MdL/Gewerkschaftssekretär	
	Hans-Jochen Baudrexl, 1. Beigeordneter	Stadt Kamen
	Klaus Lamczick, Dipl. Volkswirt	Stadt Lünen
	Günter Bremerich, Oberstudienrat a. D.	Kreis Unna
	Jens Hebebrand, Landesgeschäftsführer	Kreis Unna
	Axel Fuhrmann, Kommunalbeamter	Gemeinde Bönen
	Martin Gratz, KOM-Fahrer	Arbeitnehmervertreter
	Roland Henrichs, KOM-Fahrer	Arbeitnehmervertreter
	Franz Herdring, Fraktions-GF	Stadt Bergkamen
	Mario Löhr, Bürgermeister	Stadt Selm
	Werner Kolter, Bürgermeister	Stadt Unna
	Michael Klimziak, Dipl. Pädagoge	Gemeinde Holzwickede
	Ernst Sosna, Verw.-Angestellter	Arbeitnehmervertreter
	Lothar Christ, Bürgermeister	Stadt Werne
	Thomas Tralle, KOM-Fahrer	Arbeitnehmervertreter
	Franz Wuttke, KOM-Fahrer	Arbeitnehmervertreter

Gesellschafterversammlung

Als Vertreter in der Gesellschafterversammlung ist von der Gemeinde Bönen bestellt gewesen:

Mitglied: Kerl, Hans-Werner

Stellvertreter: Plicht, Michael

Personalbestand

	<u>2008</u>	<u>2009</u>
Anzahl der Mitarbeiter (Vollzeitstellen)	212	213
Anzahl Auszubildende	5	5



Bürgerstiftung Förderturm Bönen

Sitz der Stiftung

Bürgerstiftung Förderturm Bönen
Am Bahnhof 7
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9330
Telefax: 02383 - 933119
E-Mail: info@foerderturm-boenen.de
Internet: www.foerderturm-boenen.de

Gründung

Datum der Errichtung:	14.09.2003
Datum der Anerkennung	10.11.2003

Stiftungskapital (31.12.2009)

Gesamtkapital	726.631,52 €
Davon Anteil der Gemeinde Bönen	451.138,29 €

Ziele der Stiftung

In Fortführung ihrer Aktivitäten verfolgte die Stiftung auch 2009 die Ziele gemäß Satzung. Die Arbeit der Stiftung dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung.

Der ehemalige Förderturm dient einerseits als Denkmal bezüglich der industriellen Geschichte der Gemeinde Bönen und soll andererseits als lebendiger Ort Raum bieten für die Gemeinde und ihre Bürger. Die Stiftung strebt auch weiterhin den Erwerb des Turmes und dessen weiteren Ausbau an, wobei auch andere Betreiberformen denkbar scheinen.

Lagebericht

Der Bürgerstiftung Förderturm Bönen gehören zur Zeit ca. 140 Bönener Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Verbände sowie die Gemeinde Bönen an.

Das Stiftungskapital betrug zum Jahresbeginn 2009 605.962,78 EUR, einschließlich Rücklagen (40.000,00 EUR).

An Spenden und Zustiftungen konnte in 2009 ein Betrag von 17.790,00 EUR verzeichnet werden, der durch das Ausschöpfen des Matching-Funds der Gemeinde Bönen um 10.000,00 EUR aufgestockt werden konnte. Die Stiftung erhielt 2009 eine Erbschaft in Höhe von 78.901,57 EUR.

Durch Anlage der Spenden und Zustiftungen und weiterer liquider Mittel stieg das Stiftungskapital einschließlich Rücklagen in 2009 auf 726.631,52 EUR.

Im Rechnungsjahr 2009 konnte aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sowie aus der Vermögensverwaltung ein Überschuss in Höhe von 4.126,61 EUR erwirtschaftet werden.

2005 wurde in Absprache mit der Gemeinde Bönen, der LEG, des Fördervereins Zeche Königsborn III/IV und der Bürgerstiftung Förderturm Bönen eine Bauhütte für den Förderturm unter der Regie des Fördervereins gegründet. Durch die Bauhütte konnten unter Einbeziehung arbeitsmarktklicher Fördermaßnahmen viele Arbeiten im und am Turm durchgeführt werden, die bei Fremdvergabe ein Vielfaches der Kosten verursacht hätten. So wurden in den Jahren 2005 bis 2009 Leistungen mit einem Gesamtaufwand von 356.000,00 EUR erbracht. Der tatsächliche Wert dieser Leistungen beträgt ein Vielfaches.

Die Mittel für die Bauhütte ergaben sich wie folgt:

LEG (Land, Kreis, Gemeinde):	330.000,00 EUR
Arbeitsamt (ARGE):	53.500,00 EUR

Ausgegeben wurden diese Mittel für:

Personalkosten:	149.000,00 EUR
Material und Fremdleistungen:	208.000,00 EUR

Dem Förderverein gebührt hohe Anerkennung für die im Rahmen der Bauhütte erbrachten ehrenamtlichen Leistungen.

Die Bürgerstiftung versteht sich als Element der selbstbestimmten Bürgergesellschaft und ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Das Stiftungskapital wird weiterhin kontinuierlich aufgebaut. Weiter hat sie das Ziel, den Förderturm durch überwiegend ehrenamtliches Engagement als gemeindliches Zentrum mit überregionaler Bedeutung zu etablieren. Die Bürgerstiftung wirkt in einem breiten Spektrum des gemeindlichen und regionalen Lebens. Dabei bemüht sie sich auch um neue Formen des gesellschaftlichen Engagements.

Trotz der im Turm und auf dem Außengelände laufenden Bauarbeiten konnte die Stiftung auch im Jahre 2009 eine Vielzahl von regional und überregional bedeutsamen Veranstaltungen durchführen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Stiftung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat mit Errichtung der Stiftung im Jahre 2003 einen Betrag in Höhe von 391.138,29 € in die Stiftung eingebracht. Weiterhin besteht eine Vereinbarung, dass die Gemeinde Bönen jährlich den Betrag der Zustiftungen aus einem Matching-Fund bis zu einer Gesamtsumme von 10 T€ verdoppelt, d. h. für einen Euro Zustiftung gibt die Gemeinde eine Euro dazu, bis zu einem kommunalen Anteil von max. 10 T€ pro Jahr. Aus dieser Vereinbarung heraus hat die Gemeinde Bönen bisher folgende Zahlungen geleistet:

Jahr	Matching-Fund
2004	10.000 €
2005	10.000 €
2006	10.000 €
2007	10.000 €
2008	10.000 €
2009	10.000 €

Zusammensetzung der Organe

Stiftungsvorstand

Vorsitzender	Ludger Töpfer
Vorstandsmitglied	Peter Baumgart
Gemeinde Bönen	Horst Becker

Stiftungsrat

Rainer Eßkuchen	Gemeinde Bönen
Thomas Köster	Gemeinde Bönen
Detlef Pilz	Gemeinde Bönen
Hans-Peter Schmalz	Sparkasse-Bergkamen-Bönen
Manfred Rohe	Volksbank Bönen
Günter Wagner	Förderverein Zeche Königsborn

Von der Stifterversammlung gewählte Mitglieder

Hartmut Hegewald
Michael Makiolla
Dr. Janine Teuppenhayn
Annemarie Berg
Dr. Fritz Gnad
Klaus Maaß

Stifterversammlung

ca. 140 Einzelstifter & Stifterorganisationen

Personalbestand

Es wird kein Personal von der Bürgerstiftung beschäftigt.

Die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW zur wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung

Den rechtlichen Rahmen für die Voraussetzungen und die Form der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen bilden die §§ 107 bis 115 GO NRW, die anbei im Gesetzeswortlaut wiedergegeben werden:

11. Teil

Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung¹⁾

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

¹Gem. Art. XI G v. 9. 10. 2007 (GV. NRW. S. 380) dürfen wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigungen, die vor dem 19. März 2007 auf der Grundlage der seinerzeit geltenden Gemeindeordnung aufgenommen wurden, unbeschadet der in diesem Gesetz erfolgten Änderungen des § 107 GO NRW fortgesetzt werden.

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 108 - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
1. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

2. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
3. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 - c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,
2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,
3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(3) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschaftsversammlung auch beschließt über
 - a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(5) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.
- c)

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(6) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 109 – Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 - Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entscheidung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebs an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a - Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtung sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmgesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 – Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 5 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

Anlagevermögen

Zum Anlagevermögen gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von dem Unternehmen dauerhaft genutzt zu werden. Das gesamte Anlagevermögen setzt sich aus dem immateriellen Vermögen, den Sachanlagen sowie den Finanzanlagen zusammen.

Bilanz

Die Bilanz (ital. Bilancia = Waage) zeigt die Herkunft und die Verwendung des Kapitals eines Unternehmens. Sie ist somit eine Gegenüberstellung von Vermögen (auf der Aktivseite) und Schulden (auf der Passivseite) in Kontenform.

Eigenkapital

Betriebswirtschaftlich gesehen ist das Eigenkapital Bestandteil der Passivseite der Bilanz. Rechnerisch ergibt sich das Eigenkapital aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Summe der Aktiva) und den Rückstellungen sowie den Verbindlichkeiten und den Rechnungsabgrenzungsposten. Jahresüberschüsse aus der Gewinn- und Verlustrechnung erhöhen das Eigenkapital, Jahresfehlbeträge verringern es.

Gesamtabschluss

Gemäß § 116 Gemeindeordnung NRW sind die Kommunen verpflichtet, spätestens ab dem 31.12.2010 einen Gesamtabschluss (HGB = Konzernabschluss) aufzustellen. Der Gesamtabchluss ist ein konsolidierter Jahresabschluss für die Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aller Unternehmen, die unter der einheitlichen Leitung oder dem beherrschenden Einfluss der Verwaltung stehen. Durch die Erstellung eines Gesamtabchlusses wird der „Konzern“ fiktiv so dargestellt, als wenn er ein rechtlich einheitliches Unternehmen wäre.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (im NKF Ergebnisrechnung) ist neben der Bilanz ein wesentlicher Bestandteil des Jahresabschlusses und somit der Rechnungslegung eines Unternehmens. Erträge und Aufwendungen eines Geschäftsjahres werden gegenübergestellt und dadurch wird der unternehmerische Erfolg ausgewiesen. Sind die Erträge höher als die Aufwendungen ergibt sich ein Gewinn, anderenfalls ein Verlust.

Konsolidierungskreis

Die Gesamtheit aller Unternehmen, die Teil des Gesamtabchlusses sind, wird als Konsolidierungskreis bezeichnet.

Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben sind Entgelte, die Energieversorgungsunternehmen und Wasserversorgungsunternehmen an Gemeinden für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Strom, Gas und Wasser dienen, abgeben müssen.

Matching-Fund

Mit Matching-Fund ist eine Form der komplementären Finanzierung für kulturelle Institutionen gemeint, bei der die Bereitstellung öffentlicher Mittel untrennbar mit der Bereitstellung privater Mittel gekoppelt ist. Im konkreten Fall ist vereinbart jede neue private Spende (hier Zustiftung) im Verhältnis 1:1 aufzustocken, bis zu einem öffentlichen Anteil von max. 10 T€ pro Jahr.

Stammkapital

Stammkapital ist die, bei einer GmbH von den Gesellschaftern zu leistende Kapitaleinlage. Es muss nach § 5 Abs. 1 GmbH-Gesetz mindestens 25.000 € betragen.

Verbindlichkeiten

Betriebswirtschaftlich sind Verbindlichkeiten alle am Bilanzstichtag noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber Dritten. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Forderungen, als Gegenstück, werden auf der Aktivseite der Bilanz gezeigt.